

Gemeinde Schönwald

vertreten durch das Amt Unterspreewald

Bebauungsplan „Solarpark Waldow-Schönwald“ (ehemals „Solarpark Spreewaldring“)

Abwägungsprotokoll

Frühzeitige Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange, Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit

Grundlage:	Planfassung:	Vorentwurf 02. November 2023
	Verfahrensschritt:	frühzeitige Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) und Nachbargemeinden (gem. § 4 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB))
	Aufforderung zur Stellungnahme:	11. Januar 2024 (TöB) / 12.02.2024 (Öffentlichkeit)
	Fristsetzung:	12. Februar 2024 (TöB) / 15.03.2024 (Öffentlichkeit)
	Stellungnahmen berücksichtigt bis zum:	15.03.2024

Tabelle 1: Übersicht alle beteiligten Behörden, Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden.

lfd. Nr.	beteiligte Stelle	Fachbereich/Abteilung	Antwort vom	Seite
01.	50Hertz Transmissions GmbH	Netzbetrieb	26.02.2024	4
02.	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum		12.02.2024	6
03.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	Referat Infra 3	29.01.2024	11
04.	Bundesnetzagentur		Keine Stn.	-
05.	Deutsche Telekom Technik GmbH	T NL Ost	Keine Stn.	-
06.	DNS:NET Internet Service GmbH	Leitungsauskunft	15.01.2024	11
07.	GASCADE Gastransport GmbH	Leitungsrechte und -dokumentation	18.01.2024	11
08.	Gemeinde Märkische Heide	Bauamt	16.01.2024	20
09.	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg	Referat GL 5	07.02.2024	21
10.	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg		12.02.2024	22
11.	Landesamt für Bauen und Verkehr		24.01.2024	24
12.	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe		06.03.2024	25
13.	Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung		24.01.2024	28
14.	Landesamt für Umwelt	Abteilung Technischer Umweltschutz T 2	06.02.2024	28
15.	Landesbetrieb Forst Brandenburg	Forstamt Dahme-Spreewald	15.02.2024	38
16.	Landesbetrieb Straßenwesen	Sachgebiet 321 Entwurfs- und Erhaltungsplanung Ost I	Keine Stn.	-
17.	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR		12.02.2024	40
18.	Landkreis Dahme-Spreewald	Dezernat für Verkehr, Bauordnung, Umwelt und Verbraucherschutz // Bauordnungsamt // Bauleit- und strategische Planung	08.02.2024	45
19.	Lausitzer Wasser GmbH & Co. KG		16.01.2024	72
20.	Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH		12.02.2024	73

21.	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG		Keine Stn.	-
22.	Polizeipräsidium des Landes Brandenburg	Polizeidirektion Ost, Direktionsstab 1.3; Verkehrsangelegenheiten	22.01.2024	74
23.	PRIMAGAS Energie GmbH	Leitungsauskunft	15.01.2024	75
24.	Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald	Regionale Planungsstelle	05.02.2024	75
25.	Saferay operations GmbH		15.01.2024	77
26.	Stadt Lübben		Keine Stn.	-
27.	Stadt- und Überlandwerke GmbH Luckau - Lübbenau	Fachbereich Stadtentwicklung	15.01.2024	78
28.	Trink- und Abwasserzweckverband Luckau		Keine Stn.	-
29.	Tyczka Energy GmbH	Fachbereich Gasnetze	15.01.2024	78
30.	Wasser- und Bodenverband „Nördlicher Spreewald“		08.02.2024	79
31.	Zentraldienst der Polizei	Kampfmittelbeseitigungsdienst	Keine Stn.	-

Tabelle2: Übersicht der Anzahl der eingegangenen Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit.

32.	Person 1	21.02.2024	83
33.	Personengruppe	14.03.2024	85
34.	Person 3	15.03.2024	94

Beteiligung der Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange

01 50Hertz Transmissions GmbH	Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
<p>1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes erstreckt sich ggf. in den Freileitungsbereich unserer 380-kV-Leitung Ragow - Thyrow 521/522 von Mast-Nr. 62 – 64.</p> <p>Der Leitungsverlauf ist im Flächennutzungsplan der Gemeinde Schönwald gekennzeichnet, der im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 S. 1 BauGB geändert werden soll.</p> <p><u>Allgemein zu unserer Freileitung:</u></p> <p>Es ist ein Freileitungsschutzstreifen von ca. 31 m beidseitig der Trassenachse zu beachten, in welchem ein beschränktes Bau- und Einwirkungsverbot mit Nutzungs- und Höhenbeschränkungen für Dritte besteht. An den Freileitungsschutzstreifen grenzt darüber hinaus beidseitig ein Bereich mit einer Breite von ca. 15 m, in welchem eine Einwirkung auf den Freileitungsschutzstreifen durch Bau- und Pflanzmaßnahmen nicht ausgeschlossen werden kann. Geplante Maßnahmen sowie die Bautechnologie sind auch für diesen Bereich zwingend mit 50Hertz abzustimmen.</p> <p>Für den Freileitungsschutzstreifen ist in den Grundbüchern eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit (Leitungsrecht in Abt. II, Lasten und Beschränkungen) eingetragen. Nach dem Inhalt dieser Dienstbarkeit dürfen u. a. keine baulichen oder sonstigen Anlagen im Freileitungsschutzstreifen errichtet werden, die den ordnungsgemäßen Bestand und Betrieb der Hochspannungsfreileitung beeinträchtigen oder gefährden. Außerdem sind je nach Nutzungsart besondere Auflagen einzuhalten.</p> <p>Für jegliche Nutzungsänderungen (auch temporär) im Freileitungsbereich und bei Bau- und Pflanzmaßnahmen ist die</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Freileitung ausgespart. Die Freileitung befindet sich damit mindestens 150 m entfernt von der Grenze des Geltungsbereichs und mindestens 190 m entfernt von der Baugrenze. Eine Beeinträchtigung des Schutzstreifens von 31 m kann damit ausgeschlossen werden. Entsprechende Festsetzungen zu Geh-, Fahr- und Leitungsrechten sowie Bau- und Pflanzmaßnahmen sind damit nicht erforderlich.</p> <p>Der Verlauf der Leitung wurde zur Vollständigkeit in die Planzeichnung aufgenommen. Die Ausführungen wurden in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.</p>	<p>Planzeichnung (Teil A), Begründung (Kapitel 2.4 Nr. 7)</p>

01 50Hertz Transmissions GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	<p>Zustimmung des Leitungsbetreibers beim Regionalzentrum Ost, Sigmund-Bergmann-Straße 1, 03222 Lübbenau/Spree-wald (E-Mail: leitungsauskunft-rzost@50hertz.com) einzuho-len.</p> <p>Konkrete Planungsunterlagen, z. B. über Standorte und Höhe einer vorgesehenen baulichen Veränderung, Bepflanzung etc., sind möglichst frühzeitig der 50Hertz Transmission GmbH zur Kenntnis zu geben, um die Voraussetzungen zum Erteilen einer Zustimmung gemeinsam klären zu können.</p>		
2.	<p><u>Speziell zum Bebauungsplan:</u></p> <p>Zur nachrichtlichen Übernahme unserer Freileitung übergeben wir Ihnen in der Anlage die digitalen Daten (Trassenachse, Maststandorte Schutzstreifen und Freileitungsbereich) als Shapefiles und DXF. Hierbei bitten wir um Übernahme des Leitungsverlaufs, des Schutzstreifens sowie Freileitungsbereiches, der Leitungsbezeichnung und des Leitungsbetreibers (50Hertz).</p> <p>Rückfragen zu den digitalen Daten richten Sie bitte an geodatenbereitstellung@50hertz.com unter Nennung unserer Registriernummer 2024-000886-01-OGZ.</p> <p>Erst nach Übernahme der georeferenzierten Daten in die Planung kann eine Betroffenheitsprüfung des Bebauungsplan-Gebietes bezüglich dem Freileitungsschutzstreifen und dem Freileitungsbereich durch 50Hertz erfolgen.</p> <p>Wir bitten um weitere Beteiligung im Planverfahren und Aufnahme in die TöB-Liste, sofern noch nicht geschehen. Zur Klärung weiterer Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Nach der Verkleinerung des Geltungsbereichs kann eine Betroffenheit der Freileitung durch die vorliegende Planung hinreichend ausgeschlossen werden.</p>	Keine

02 Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
3.	im Bereich des o. g. Vorhabens sind derzeit keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
4.	In mehreren Abschnitten des Vorhabenbereichs besteht jedoch aufgrund fachlicher Kriterien die begründete Vermutung , dass hier bislang noch nicht aktenkundig gewordene Bodendenkmale im Boden verborgen sind (siehe Anlage).	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
5.	Die Vermutung gründet sich u. a. auf folgende Punkte: 1.) Bei den ausgewiesenen Bereichen handelt es sich um Areale, die in der Prähistorie siedlungsgünstige naturräumliche Bedingungen aufwiesen, da sie ehemals in Niederungs- bzw. Gewässernähe an der Grenze unterschiedlicher ökologischer Systeme lagen. Nach den Erkenntnissen der Urgeschichtsforschung in Brandenburg stellten derartige Areale aufgrund der begrenzten Anzahl siedlungsgünstiger Flächen in einer Siedlungskammer Zwangspunkte für die prähistorische Besiedlung dar. 2.) Die ausgewiesenen Flächen entsprechen in ihrer Topografie derjenigen der bekannten Fundstellen in der näheren Umgebung. 3.) Luftbilder deuten in einigen Arealen auf Bodendenkmalstrukturen hin. Wuchsanomalien von Pflanzen gehen in der Regel auf Veränderungen der Bodenstruktur im Untergrund und somit in vielen Fällen auf archäologische Befunde zurück.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Ausführungen wurden in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.	Begründung (Kapitel 2.9 Nr. 15)

02 Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
6.	<p><u>Auflagen im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen (siehe Anlage):</u></p> <p>Die Termine der Erdarbeiten in den ausgewiesenen Bodendenkmalvermutungsbereichen sind daher sowohl der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde als auch dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Referat Großvorhaben, zwei Wochen im Voraus mitzuteilen.</p>	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Ausführungen wurden in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.	Begründung (Kapitel 2.9 Nr. 15)
7.	<p>Sollten während der Bauausführung bei Erdarbeiten - auch außerhalb der als Bodendenkmalvermutungsbereich gekennzeichneten Flächen - Bodendenkmale (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. Ä.) entdeckt werden, sind diese <u>unverzüglich</u> der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde <u>und</u> dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (BbgDSchG § 11 <1 > und <2>). Die Entdeckungsstätte und die Funde sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 <4>).</p>	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Ausführungen wurden in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen und die Hinweise ergänzt.	Begründung (Kapitel 2.9 Nr. 17; Kapitel 6.1 Nr. 1)

02 Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Werden in den ausgewiesenen Vermutungsbereichen und darüber hinaus archäologische Dokumentationen notwendig, so hat die/der Träger/in des Vorhabens nach Maßgabe der §§ 7 (3), 9 (3)-(4) und 11 (3) BbgDSchG sowohl die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen als auch die Dokumentation sicherzustellen.		
8.	<p><u>Empfehlung im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen:</u></p> <p>Um Bauverzögerungen zu vermeiden und bereits frühzeitige Planungssicherheit zu erhalten, ist für Bereiche, in denen Bodendenkmale begründet vermutet werden, die Einholung eines archäologischen Fachgutachtens durch die/den Vorhabenträger/in empfohlen, sofern in diesen Bereichen Bodeneingriffe geplant sind (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien [VV EED] vom 20. Juli 2023, Amtsbl. 32 v. 16.08.2023). In dem Gutachten ist mittels einer Prospektion zu klären, inwieweit Bodendenkmalstrukturen von den Baumaßnahmen im ausgewiesenen Vermutungsbereich betroffen sind und in welchem Erhaltungszustand sich diese befinden.</p>	Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die Ausführungen wurden in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen. Die Umsetzung erfolgt Rahmen des nachgeordneten Genehmigungsverfahrens und hat keine Auswirkungen auf den Entwurf des Bebauungsplans.	Begründung (Kapitel 2.9 Nr. 16)
9.	Bei einer bauvorbereitenden archäologischen Prospektion handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme: In den ausgewiesenen Bereichen mit begründet vermuteten Bodendenkmalen werden in einem Abstand von 25 m Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

02 Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gern. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i. d. R. bauvorbereitend durchzuführen. Fällt das Ergebnis der Prospektion negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden. In Abhängigkeit von den technischen Voraussetzungen kann das Gutachten ggf. auch baubegleitend erstellt werden.		
10.	Flächen oder Trassen, die lediglich während der Bauzeit genutzt werden (z. B. Bau- und Materiallager und u. U. auch Arbeitsstraßen), sollten nicht im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen eingerichtet werden bzw. nur dort, wo bereits eine Versiegelung des Bodens vorliegt. Durch den notwendigen Oberbodenabtrag und das verstärkte Befahren dieser Flächen mit schwerem Baugerät sowie durch mögliche Bagger- oder Raupenaktivität o. ä. Eingriffe in den Untergrund wird die Bodendenkmalsubstanz umfangreich ge- und zerstört. Sollte es nicht möglich sein, bauzeitlich genutzte unversiegelte Flächen und Wege außerhalb vermutter Bodendenkmale anzulegen, so werden ggf. kostenpflichtige Schutz- bzw. Dokumentationsmaßnahmen notwendig.	Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die Ausführungen wurden in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen. Die Umsetzung erfolgt Rahmen des nachgeordneten Genehmigungsverfahrens und hat keine Auswirkungen auf den Entwurf des Bebauungsplans. Der Geltungsbereich des B-Plans wurde verringert, sodass sich der mögliche Einfluss auf die Bodendenkmalsubstanz ebenfalls verringert hat.	Begründung (Kapitel 2.9 Nr. 17)
11.	Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Auflagen und Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Den bauausführenden Firmen wird im Rahmen des nachgeordneten Genehmigungsverfahrens eine Zusammenstellung der relevanten Stellungnahmen zur Verfügung gestellt.	Keine

02 Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
12.	Wir bitten darum, die Planunterlagen (Entwurf vom November 2023) entsprechend der hier vorgetragenen Belange der Bodendenkmalpflege zu ergänzen.	Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die Ausführungen und Hinweise aus der Stellungnahme wurden wie beschrieben teilweise in die Begründung zum Entwurf aufgenommen. Teilweise wurde auf die nachgeordnete Genehmigungsebene verwiesen.	Begründung (Kapitel 2.9; 6.1)
13.	Das BLDAM steht für eine Beratung mit der/dem Veranlasser/in der Maßnahmen gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen: Dr. Julia Braungart, E-Mail: julia.braungart@bldam.brandenburg.de <u>Hinweis:</u> Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben. Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgD-SchG § 17 (1)-(4). Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Das BLDAM wird im weiteren Verfahren mit der angegebenen E-Mailadresse beteiligt und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.	Keine
14.	Anlage: Übersicht des Geltungsbereichs mit Flurstücken und Flurstücksnummern sowie Bodendenkmälern (außerhalb des Geltungsbereichs und Bodendenkmal-Vermutungsflächen)	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Hinweise aus der Stellungnahme und die kartografische Einordnung zu den Vermutungsflächen wurden in die	Begründung (Kapitel 2.9)

02 Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Begründung zum Entwurf des Bebauungsplans aufgenommen.	

03 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
15.	vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

06 DNS:NET Internet Service GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
16.	In dem Baugebiet befinden sich keine Rohr- und Kabelsysteme der DNS:NET. Bitte beachten Sie die Bestimmungen in der beigefügten Kabelschutzanweisung. Die DNS:NET hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

07 GASCADE Gastransport GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
17.	Wir, die GASCADE Gastransport GmbH, antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH sowie NEL Gastransport GmbH. Die vorgenannten Anlagenbetreiber, deren Anlagen von Ihrer Maßnahme zum gegenwärtigen Zeitpunkt betroffen sind, werden in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

07 GASCADE Gastransport GmbH							Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
<p>Zur Vereinfachung benennen wir unsere nachfolgend genannten Anlagen so weit möglich im weiteren Schreiben nicht einzeln, sondern allgemein als Anlagen. Als unsere Anlagen bezeichnen wir die Gesamtheit der zu schützenden Erdgashochdruckleitungen, LWL-Kabel und Begleitkabel. Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass von der o. g. Maßnahme unsere nachfolgend aufgeführten Anlagen betroffen sind:</p>								
Lfd. Nr.	Typ	Name	DN	MOP (bar)	Schutzstreifen in m (Anlage mittig)	Netzbetreiber		
1	Erdgasleitung	Fernleitung EU-GAL Strang 2	1400	100,00	12,00	GASCADE Gastransport GmbH		
2	Erdgasleitung	Fernleitung EU-GAL Strang 1	1400	100,00	12,00	GASCADE Gastransport GmbH		
3	Erdgasleitung	Fernleitung OPAL	1400	100,00	10,00	GASCADE Gastransport GmbH		
4	LWL Trasse	LWL Kabel			1,00	WINGAS GmbH		
<p>Zuständiger Pipelineservice: PLS GNO (Süd) Olbernhau, Telefon: +49 37360 39-1530, Mobil: +4915112158625 od. +491605303912 E-Mail: joerg.oestreich@gascade.de</p>								

07 GASCADE Gastransport GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
18.	Die Lage unserer Anlagen ist den beigefügten Bestandsplänen, Blatt 10.04/F (OPAL), 10.04/B (EUGAL 1) sowie 10.04/A (EUGAL 2), zu entnehmen. Zwischen der örtlichen Lage der Anlagen und der Darstellung im Bestandsplan können Abweichungen bestehen. Der Höhenplan bezieht sich auf den Zeitpunkt der Verlegung unserer Anlagen. Später vorgenommene Niveauänderungen sind nicht berücksichtigt.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart. Die Gasleitungen befinden sich damit mindestens 5 m entfernt von der Grenze des Geltungsbereichs und mindestens 14,5 m entfernt von der Baugrenze. Eine Beeinträchtigung des Schutzstreifens von 12 m kann damit ausgeschlossen werden. Der Verlauf der Leitungen wurde zur Vollständigkeit in die Planzeichnung aufgenommen. Die Begründung wurde mit den Erläuterungen aus der Stellungnahme ergänzt.	Planzeichnung (Teil A), Begründung (Kapitel 2.4 Nr. 5)
19.	In Absprache mit unserem Pipeline-Service ist die Lage unserer Anlagen durch Suchschachtungen zu prüfen. Die Kosten gehen zu Lasten des Verursachers.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Ausführungen wurden in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.	Begründung (Kapitel 2.4 Nr. 5)
20.	Unsere Anlagen befinden sich in der Mitte eines dinglich gesicherten Schutzstreifens. Unmittelbar neben der Erdgashochdruckleitung, welche kathodisch gegen Korrosion geschützt ist, befinden sich Fernmeldekabel in Rohrscheithöhe. Zu Ihrer Information fügen wir unsere „Auflagen und Hinweise zum Schutz unserer Erdgashochdruckleitungen“ bei. Dieses Merkheft findet auch bei unseren v. g. Anlagen Anwendung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

07 GASCADE Gastransport GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
21.	<ul style="list-style-type: none"> • Zum Zwecke von behördlich vorgeschriebenen Kontrollen sowie für Instandhaltungsmaßnahmen, Intensivmessungen etc. muss die Zugänglichkeit unserer Anlagen für GASCADE auch für die Zukunft jederzeit gewährleistet bleiben. Dies gilt entsprechend für die notwendige Beseitigung des Bewuchses mit Maschineneinsatz innerhalb unseres Schutzstreifens. Zum Schutz unserer Anlagen führen wir im mehrjährigen Abstand turnusmäßig eine entsprechende Pflege des Schutzstreifens durch, da Baum- und Gehölzbewuchs die Anlagen beschädigen kann. 	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart. Entsprechende Festsetzungen zu Geh-, Fahr- und Leitungsrechten sowie Bau- und Pflanzmaßnahmen sind damit nicht erforderlich.</p>	Planzeichnung (Teil A)
22.	<ul style="list-style-type: none"> • Es dürfen <u>keine</u> Anlagen bzw. Anlagenteile von Solarmodulen in unseren Schutzstreifen hineinragen. 	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart. Die Gasleitungen befinden sich damit mindestens 5 m entfernt von der Grenze des Geltungsbereichs und mindestens 14,5 m entfernt von der Baugrenze. Eine Beeinträchtigung des Schutzstreifens von 12 m kann damit ausgeschlossen werden.</p> <p>Eine Überschreitung der Baugrenze ist gemäß Textlicher Festsetzung zu den überbaubaren Grundstücksflächen nicht zulässig. Das Hineinragen von Anlagen bzw. Anlagenteilen von Solarmodulen in den Schutzstreifen kann somit hinreichend ausgeschlossen werden.</p>	Planzeichnung (Teil A)

07 GASCADE Gastransport GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
23.	<ul style="list-style-type: none"> • Zur Errichtung von Solarmodulen etc. dürfen die jeweiligen Krananlagen nicht auf unserem Leitungsrohr positioniert werden. 	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung erfolgt Rahmen des nachgeordneten Genehmigungsverfahrens und hat keine Auswirkungen auf den Entwurf des Bebauungsplans.	Keine
24.	<ul style="list-style-type: none"> • Jede Bebauung im Abstand < 20 m zur Leitungsachse ist zur Vermeidung einer potenziellen Beeinträchtigung unserer Anlagen mit uns abzustimmen. Eine Überbauung des Schutzstreifens ist nicht zulässig. Ein größeres Abstandsmaß über die Grenzen des Schutzstreifens hinaus kann sich aus Art und Maß der geplanten Bebauung sowie aus dem Nachbarrecht ergeben. 	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart. Die Gasleitungen befinden sich damit mindestens 5 m entfernt von der Grenze des Geltungsbereichs und mindestens 14,5 m entfernt von der Baugrenze. Eine Beeinträchtigung des Schutzstreifens von 12 m kann damit ausgeschlossen werden.</p> <p>Die Ausführungen zur Erforderlichkeit der Abstimmung bei Bebauung <20 m zum Leistungsbestand wurden in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Die GASCADE wird am weiteren Verfahren beteiligt und um Stellungnahme zum Abstand der geplanten Bebauung gebeten.</p>	Planzeichnung (Teil A), Begründung (Kapitel 2.4 Nr. 5)
25.	<ul style="list-style-type: none"> • Bohr- und Rammarbeiten dürfen nicht näher als 10 m zum Leitungsrohr unserer Anlage durchgeführt werden. 	Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der	Planzeichnung (Teil A)

07 GASCADE Gastransport GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart. Die Gasleitungen befinden sich damit mindestens 5 m entfernt von der Grenze des Geltungsbereichs und mindestens 14,5 m entfernt von der Baugrenze. Eine Beeinträchtigung durch Bohr- und Rammarbeiten kann damit ausgeschlossen werden.	
26.	<ul style="list-style-type: none"> • Eine Änderung der ursprünglichen Überdeckung durch Aufschüttungen und Abgrabungen darf nur nach gesonderter Antragstellung vorgenommen werden. Größere Niveauänderungen bedürfen der Prüfung durch einen Sachverständigen. 	Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart. Die Gasleitungen befinden sich damit mindestens 5 m entfernt von der Grenze des Geltungsbereichs und mindestens 14,5 m entfernt von der Baugrenze. Eine Änderung der ursprünglichen Überdeckung durch Aufschüttungen und Abgrabungen ist damit nicht erforderlich.	Planzeichnung (Teil A)
27.	<ul style="list-style-type: none"> • Für eine dauerhafte Zuwegung, welche unsere Anlagen quert, darf ein lichter Mindestabstand von 1,50 m zwischen Oberkante Rohrscheitel und Oberkante Fahrbahn nicht unterschritten werden. Für den Aufbau ist unser Merkblatt „Straßenaufbau für SLW 60“ als Mindestanforderung zu berücksichtigen. <p>Im Parallelverlauf zu unseren Anlagen müssen Zuwegungen außerhalb unserer Schutzstreifen angelegt werden.</p>	Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart. Die Gasleitungen befinden sich damit mindestens 5 m entfernt von der Grenze	Planzeichnung (Teil A)

07 GASCADE Gastransport GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	<p>Im Bereich unserer Anlagen ist grundsätzlich unter die Tragschicht aus gebrochenem Material ein Geotextil GRK 4 (Vliesstoffe - mind. 250 g/m²) in ausreichenden Abmessungen einzubringen.</p> <p>Erforderlichenfalls müssen Messschächte im Bereich der geschlossenen Fahrbahndecke installiert werden. Die Anzahl und Position sind mit einem GASCADE-Verantwortlichen vor Ort abzustimmen.</p> <p>Die erforderliche Zuwegung zu Solarparkflächen kann sich erfahrungsgemäß auch außerhalb der Bauflächen befinden. Dadurch kann eine zusätzliche Betroffenheit unserer Anlagen entstehen. Eine Abstimmung ist unbedingt erforderlich.</p>	des Geltungsbereichs und mindestens 14,5 m entfernt von der Baugrenze. Eine Zuwegung zu den SO-PV Gebieten im direkten Umfeld der Leitungsanlagen ist nicht mehr erforderlich.	
28.	<ul style="list-style-type: none"> Im Bereich unserer Anlagen ist die Errichtung jeglicher Schächte und Armaturen grundsätzlich außerhalb unserer Schutzstreifen auszuführen. 	Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart. Die Gasleitungen befinden sich damit mindestens 5 m entfernt von der Grenze des Geltungsbereichs und mindestens 14,5 m entfernt von der Baugrenze. Eine Beeinträchtigung des Schutzstreifens von 12 m kann damit ausgeschlossen werden.	Planzeichnung (Teil A)
29.	<ul style="list-style-type: none"> Im Bereich einer Parallelführung sind Kabel in offener Bauweise und grundsätzlich außerhalb unseres Schutzstreifens zu verlegen. Eine Überlappung der Schutzstreifen darf grundsätzlich nicht erfolgen. 	Der Stellungnahme wird gefolgt. Siehe Abwägungsvorschlag zu lfd. Nr. 28	Planzeichnung (Teil A)

07 GASCADE Gastransport GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Um die Erdüberdeckung und die Lage unserer Anlagen nicht zu beeinträchtigen, müssen erforderlichenfalls die Grubenwände Ihrer Baumaßnahme gegen Abrutschen etc. durch entsprechende Maßnahmen gesichert werden. Die Art dieser Sicherungsmaßnahmen hat in Abstimmung mit unserem GASCADE-Verantwortlichen vor Ort zu erfolgen.		
30.	<ul style="list-style-type: none"> Im Kreuzungsbereich unserer Anlagen sind Kabel in offener Bauweise zu verlegen, wobei der Einsatz einer Grabenfräse oder eines Kabelpfluges nicht zulässig ist. Ein lichter Abstand zu unseren Anlagen von mind. 0,40 m ist einzuhalten. Die Kreuzung sollte möglichst rechtwinklig erfolgen. Die vorgefundene Lage des rohrbegleitenden Fernmeldekabels darf ohne unsere Zustimmung nicht verändert werden. Kreuzende Kabel sind in einem Schutzrohr zu verlegen. Diese Schutzmaßnahme muss mind. 1,0 m rechts und links über unser Leitungsrohr hinausragen. Wir weisen darauf hin, dass Erdungsbänder nicht über unsere Anlagen verlegt werden dürfen. 	Der Stellungnahme wird gefolgt. Siehe Abwägungsvorschlag zu lfd. Nr. 28	Planzeichnung (Teil A)
31.	<ul style="list-style-type: none"> Wir weisen Sie an dieser Stelle bereits auf Folgendes hin: Wenn der kathodische Korrosionsschutz unserer Anlagen durch die Verlegung des Kabels beeinträchtigt wird, so behalten wir uns vor, die Kosten für nachträgliche Schutzmaßnahmen an unseren Anlagen dem Verursacher in Rechnung zu stellen. 	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
32.	<ul style="list-style-type: none"> Bei der Errichtung von Zäunen ist im Kreuzungsbereich darauf zu achten, dass bis 2,0 m rechts und links unserer Anlagen keine Fundamente für Pfosten und dgl. gesetzt werden. Weiter weisen wir Sie darauf hin, dass wir für Aktivitäten (u. a. Reparaturen) an unseren Anlagen das Recht haben, den Zaun zu demontieren. Mauern innerhalb des Schutzstreifens 	Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart. Die Gasleitungen befinden sich damit	Planzeichnung (Teil A)

07 GASCADE Gastransport GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	<p>sind nicht zulässig. Parallel zu unseren Anlagen sind Zäune außerhalb unseres Schutzstreifens zu errichten.</p> <p>Durch die Errichtung von Zäunen darf die Zugänglichkeit zu unseren Anlagen nicht beeinträchtigt werden. Zum Zwecke von behördlich vorgeschriebenen Kontrollen sowie für Instandhaltungsmaßnahmen, Intensivmessungen etc. muss die Zugänglichkeit unserer Anlagen für GASCADE auch innerhalb der Zaunanlage jederzeit gewährleistet sein.</p> <p>Die dauerhafte Gewährleistung der Zugänglichkeit unserer Anlagen innerhalb der Zaunanlage ist rechtzeitig vor Ausführung der Maßnahme mit unserem Pipeline-Service (s. o.) abzustimmen.</p>	<p>mindestens 5 m entfernt von der Grenze des Geltungsbereichs und mindestens 14,5 m entfernt von der Baugrenze. Eine Bebauung innerhalb des Schutzstreifens (12 m) erfolgt nicht.</p> <p>Entsprechende Festsetzungen zu Geh-, Fahr- und Leitungsrechten sind damit nicht erforderlich.</p>	
33.	<ul style="list-style-type: none"> • Der Schutzstreifen ist grundsätzlich von Pflanzenwuchs, der die Sicherheit der Anlagen beeinträchtigen kann, freizuhalten. Dazu zählen Bäume, Hecken sowie Sträucher. Kompensationsmaßnahmen sind in unserem Schutzstreifen nicht zulässig. 	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart. Die Gasleitungen befinden sich damit mindestens 5 m entfernt von der Grenze des Geltungsbereichs und mindestens 14,5 m entfernt von der Baugrenze. Eine Beeinträchtigung des Schutzstreifens von 12 m kann damit ausgeschlossen werden.</p>	Planzeichnung (Teil A)
34.	<ul style="list-style-type: none"> • Nach Beendigung der Bauarbeiten Ihres Projektes sind uns unaufgefordert Einmessungsunterlagen für die Kreuzungs- und Parallelbereiche zur Verfügung zu stellen. Aus diesen müssen genaue Angaben zur Lage und Höhe (Verlegetiefe) sowie die technischen Daten zu Ihrem Projekt zu entnehmen sein. 	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart.</p>	Planzeichnung (Teil A)

07 GASCADE Gastransport GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Die Gasleitungen befinden sich damit mindestens 5 m entfernt von der Grenze des Geltungsbereichs und mindestens 14,5 m entfernt von der Baugrenze. Bauarbeiten innerhalb des Kreuzungs- und Parallelbereiche der Leitungsbestands erfolgen somit nicht.	
35.	Dies ist keine Zustimmung zu Baumaßnahmen oder anderen Veränderungen im Bereich unserer Anlagen. Solche Maßnahmen sind der GASCADE Gastransport GmbH, Abt. GNL, durch eine gesonderte Anfrage zur Stellungnahme vorzustellen. Wir bitten um Beteiligung am weiteren Verfahren. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich. Die GASCADE wird am weiteren Verfahren beteiligt.	Keine

08 Gemeinde Märkische Heide		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
36.	seitens der Gemeinde Märkische Heide bestehen keine Einwände oder Bedenken gegen den Vorentwurf des o.g. Bebauungsplanes und der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Waldow / Brand der Gemeinde Schönwald. Eine unmittelbare Betroffenheit ist nicht gegeben.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es handelt sich jedoch im weiteren Planverlauf nicht mehr um die 4. Änderung des FNPs, sondern um die 2. Änderung des FNPs der ehemaligen Gemeinde Waldow/Brand (heute OT der Gemeinde Schönwald).	Änderungen Begründung

09 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
37.	<p>[X] Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB</p> <p>Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht:</p> <p>[X] Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen</p> <p>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht</p> <ul style="list-style-type: none"> Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235) Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin - Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35) Regionalplan Lausitz-Spreewald, sachlicher Teilplan „Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“ vom 17.11.1997 mit Bekanntmachung vom 26.08.1998 (ABl. / Amtlicher Anzeiger, S. 889) Sachlicher Teilregionalplan „Grundfunktionale Schwerpunkte“ der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald, in Kraft getreten mit Bekanntmachung der Genehmigung im ABl. Nr. 50 vom 22.12.2021, S. 1086 Entwurf des sachlichen Teilregionalplans (TPR) Windenergienutzung der Region Lausitz-Spreewald vom 14.09.2023, öffentliche Auslegung vom 02.11.2023 bis 10.01.2024; im Internet aufrufbar unter https://region-lausitz-spreewald.de/de/regionalplanung/teilplaene/artikel-sachlicher-teilregionalplan-windenergienutzung-entwurf.html <p>Bindungswirkung</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind die Ziele der Raumordnung bei der Bauleitplanung zu beachten. Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

10 Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
38.	<p>nach Prüfung der eingereichten Unterlagen zum Vorentwurf des Bebauungsplanes „Solarpark Spreewaldring“ der Gemeinde Schönwald OT Waldow/Brand (Stand: 02.11.2023) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das Planungsvorhaben befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB. 2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das o.g. Verfahren nicht berührt. 3. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem obigen Vorhaben nicht entgegen. 4. Es bestehen derzeit keine Bedenken gegen den Vorentwurf des Bebauungsplanes „Solarpark Spreewaldring“ der Gemeinde Schönwald OT Waldow/Brand (Stand: 02.11.2023). 	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
39.	<p>Begründung:</p> <p>Das Planungsvorhaben liegt nordöstlich von Golßen im Landkreis Dahme-Spreewald des Bundeslandes Brandenburg, Im näheren Umkreis bis 14 km befinden sich keine Landeplätze. Damit liegt das Planungsgebiet außerhalb von Bauschutzbereichen gem. §§ 12, 17 LuftVG und Hindernisbegrenzungsflächen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hubschrauber-Sonderlandeplätzen) sowie Segel- und Modellfluggeländen.</p> <p>Die geplanten Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung - „Sonstiges Sondergebiet - Photovoltaik“ - und zum Maß der baulichen Nutzung, maximal 4,00 m über</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

10 Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	<p>Höhenbezugspunkt, sind nicht geeignet, luftverkehrsrechtliche Belange zu beeinträchtigen, Zur Vermeidung von Blendwirkungen für den zivilen Flugverkehr (insbesondere tieffliegende Rettungshubschraubereinsätze) wird die Verwendung reflexionsfreier Oberflächen der PV-Module vorausgesetzt.</p> <p>Das Plangebiet liegt außerhalb von Schutzbereichen ziviler Flugsicherungsanlagen (vgl. § 18a LuftVG).</p> <p>Insgesamt bestehen daher keine Bedenken gegen den Vorwurf des Bebauungsplanes „Solarpark Spreewaldring“ der Gemeinde Schönwald OT Waldow/Brand (Stand: 02.11.2023).</p>		
40.	<p>Hinweise:</p> <p>1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des o. g. Planungsvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
41.	<p>2. Zur Abklärung eventueller militärischer Belange wenden Sie sich bitte an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw), Postfach 2963, 53019 Bonn.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Das BAIUDBw wurde ebenfalls zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert und hat in seiner Stellungnahme (siehe Stn. Nr. 3) angegeben von der Planung nicht berührt zu sein.	Keine
42.	<p>3. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen der im Land Brandenburg gelegenen Landeplätzen finden Sie unter: https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg.</p> <p>Um Übersendung einer Kopie vom Abwägungsergebnis wird gebeten.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

11 Landesamt für Bauen und Verkehr		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
43.	den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß "Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren" (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17. Juni 2015, veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27, vom 15. Juli 2015, S. 575) geprüft. Mit der Aufstellung des o. a. Bebauungsplans sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer großflächigen Solarstromanlage geschaffen werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
44.	Aus verkehrsbehördlicher Sicht des Landes bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplans keine Einwände. Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, übriger ÖPNV und Binnenschifffahrt werden nicht berührt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
45.	Das Planungsgebiet liegt außerhalb von Bauschutzbereichen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hubschrauber-sonderlandeplätzen) sowie Segelflug- und Modellfluggeländen in der Zuständigkeit der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV), aber nach mir vorliegenden Unterlagen noch innerhalb (im Randbereich) von Schutzbereichen ziviler Flugsicherungsanlagen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
46.	Aufgrund der Randlage, der bereits vorhandenen Bebauung und der im Plangebiet zulässigen Bauhöhen ist eine Beeinträchtigung v. g. Anlagen für mich nicht erkennbar. Ich weise aber vorsorglich darauf hin, dass eine Beurteilung von Vorhaben in Schutzbereichen ziviler	Die Stellungnahme wird gefolgt. Das BAF wird im Rahmen der Beteiligung zum Entwurf des Bebauungsplans zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.	Keine

11 Landesamt für Bauen und Verkehr		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Flugsicherungsanlagen in der Zuständigkeit des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung [BAF] liegt.		
47.	Information zu Planungen oder sonstigen Maßnahmen der v. g. Verkehrsbereiche, die das B-Plan-Gebiet betreffen könnten, liegen mir gegenwärtig nicht vor. Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

12 Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
48.	Im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung wie folgt: B Stellungnahme 1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können: Keine. 2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands: Keine.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
49.	3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan: Energieleitungen:	Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der	Planzeichnung (Teil A)

12 Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	<p>Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart. Die Gasleitungen befinden sich damit mindestens 5 m entfernt von der Grenze des Geltungsbereichs und mindestens 14,5 m entfernt von der Baugrenze. Eine Beeinträchtigung der Leitung sowie der Anlagen kann damit ausgeschlossen werden.</p> <p>Die GASCADE Gastransport GmbH wurden ebenfalls zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert. Diese ist im vorliegenden Protokoll unter der laufenden Nr. 07 aufgeführt.</p>	
50.	<p>Weiterhin kreuzt eine 380-kV-Hochspannungsfreileitung der 50Hertz Transmission GmbH den Bereich des Vorhabens. Es hat daher im Verfahren eine Beteiligung der Vorhabenträgerinnen bzw. Betreiberinnen zu erfolgen.</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Freileitung ausgespart. Die Freileitung befindet sich damit mindestens 150 m entfernt von der Grenze des Geltungsbereichs und mindestens 190 m entfernt von der Baugrenze. Eine Beeinträchtigung der Leitung sowie der Anlagen kann damit ausgeschlossen werden.</p> <p>Die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH wurden ebenfalls zur</p>	Planzeichnung (Teil A)

12 Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert. Diese ist im vorliegenden Protokoll unter der laufenden Nr. 20 aufgeführt.	
51.	Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes ist insbesondere der entsprechende Schutzstreifen der Energieleitungen zu beachten. Hieraus ergeben sich einzuhaltende Mindestabstände oder eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten. Im Bereich von Freileitungen sind dabei die Grenzwerte der 26. BImSchV einzuhalten und bei der Errichtung baulicher Anlagen bestimmte Abstände nach den einschlägigen VDE-Bestimmungen - Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V. - (DIN VDE 0210 Teil 1) zu beachten. Die Beachtung des Schutzstreifens und der daraus resultierenden einzuhaltenden Mindestabstände oder eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten gilt auch für betroffene Erdgasleitungen.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart. Eine Beeinträchtigung der Schutzstreifen von kann damit ausgeschlossen werden.	Planzeichnung (Teil A)
52.	Hinsichtlich der weiteren Fremdleitungen in der Umgebung des Vorhabens sind die Fremdleitungsbetreiber zu beteiligen. Sollten aufgrund des Vorhabens Änderungen an Fremdleitungen notwendig sein, ist hierfür das LBGR insbesondere bei Gasversorgungsleitungen mit einem Durchmesser größer 300 mm sowie bei Hoch- und Höchstspannungsfreileitungen ab einer Nennspannung von 110 kV zuständig.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Über das „Leitungs-Check-Online“-Portal wurden die Leitungsbetreiber zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert. Die Auskunft erfolgte durch die GASCADE Gastransport GmbH sowie Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH. Die Stellungnahmen sind im vorliegenden Protokoll unter den laufenden Nr. 07 und 20 aufgeführt.	Abwägungsprotokoll
53.	Geologie: Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

12 Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (GeologiedatengesetzGeolDG)).		

13 Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
54.	der angezeigten Planung stehen keine Hinderungsgründe entgegen. Das Plangebiet ist von keinen Verfahren nach dem LwAnpG oder FlurbG betroffen. Eine weitere Beteiligung meiner Behörde an den Planungen ist nicht erforderlich.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

14 Landesamt für Umwelt		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
55.	die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

14 Landesamt für Umwelt		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Dahme-Spree-wald.		
56.	<p>Belang Immissionsschutz</p> <p>4. Weitergehende Hinweise</p> <p>[X] Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p><u>1. Sachstand</u></p> <p>Antragsgegenstand ist der Bebauungsplan (B-Plan) „Solarpark Spreewaldring“ der Gemeinde Schönwald, Ortsteil Waldow/Brand. Der B-Plan wird im Regelverfahren mit Umweltprüfung aufgestellt. Mit der Aufstellung des B-Planes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb einer Photovoltaik-Freiflächenanlage (aufgeständerte, bodennahe Variante) einschließlich erforderlicher Nebenanlagen u.a. zur Speicherung geschaffen werden. Das Plangebiet umfasst eine Fläche von rund 100 ha und ist in drei Teilflächen untergliedert. In diesem Zusammenhang werden drei sonstige Sondergebiete (SO PV1-3) „Photovoltaik“ gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO und private Grün- und Verkehrsflächen festgesetzt.</p> <p>Der gültige Flächennutzungsplan (FNP) stellt derzeit eine Fläche für Landwirtschaft dar. Der FNP wird im Parallelverfahren geändert.</p> <p>Dreiseitig des Plangebietes schließen sich unmittelbar land- und forstwirtschaftliche Flächen an. Im Norden befindet sich die Motorsportanlage „Spreewaldring Trainingscenter</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Im Rahmen des Entwurfs wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans und damit auch die Sondergebietskulisse verkleinert. Damit hat sich der Abstand der Module zu den nächsten schutzbedürftigen Wohnnutzungen auf mindestens 680 m vergrößert. Dies erfolgte in Abstimmung mit den Bewohner:innen.</p>	Planzeichnung (Teil A)

14 Landesamt für Umwelt	Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
<p>GmbH" und „Spreewaldring Kart Center GmbH“. Beide Anlagen sind als genehmigungsbedürftige Anlagen geführt. Die nächstgelegene schutzwürdige Wohnnutzung im Zusammenhang des Antragsgegenstandes liegt rund 300m westlich der Ortslage Waldow/Brand.</p> <p>Der vorliegende B-Plan wurde insbesondere nach den Grundsätzen des § 50 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i.V.m. § 1 Abs. 5 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) geprüft. Demnach sollen Flächen unterschiedlicher Nutzung einander so zugeordnet werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen (§§ 1 und 3 BImSchG) auf schutzwürdige Nutzungen weitgehend vermieden und neue Konfliktlagen ausgeschlossen werden.</p>		
<p>57. <u>2. Stellungnahme</u> <u>Vorbelastung durch gewerbliche Immissionen</u> Bei der sich nördlich innerhalb des Sondergebietes Sport des Flächennutzungsplans der Gemeinde Schönwald befindlichen Go-Kart-Bahn handelt es sich um eine genehmigungsbedürftige Anlage nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG). Sie ist der Nr. 10.17.2V des Anhang 1 der 4. Bundes-Immissionsschutzverordnung zugeordnet. Dem Landesamt für Umwelt (LfU) liegt hierzu der Messbericht Nr. 2746.1-96 vom 29.09.1996 vor. Im Ergebnis der Messung sind vom Anlagenbetrieb der Go-Kart-Bahn am nächstgelegenen Immissionsort, das Wohnhaus in der Gartenstraße Nr. 10 in Waldow (Entfernung ca. 800 m) ein Pegel von 39 dB(A) ermittelt worden. Dieser Wert ist aber überwiegend von Fremdgeräuschen geprägt. Zusätzliche Messungen im Nahbereich der Anlage (Anlagen-Grundstücksgrenze, ca. 100 m Entfernung) haben Werte von bis zu 46 dB(A) ergeben. In der anschließenden Worst-Case-</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.</p>	<p>Keine</p>

14 Landesamt für Umwelt		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Betrachtung bei (unrealistischer) Annahme eines ununterbrochenen Fahrbetriebes an einem Sonntag wurden Beurteilungspegel von bis zu 44 dB(A) ermittelt. Der maßgebliche Immissionsort befindet sich somit nicht im Einwirkungsbereich der Go-Kart-Bahn. Eine relevante bzw. berechnete Vorbelastung durch den Betrieb der Go-Kart-Bahn ist somit nicht gegeben.		
58.	Bei dem sich ebenfalls nördlich innerhalb des Sondergebietes Sport des Flächennutzungsplans der Gemeinde Schönwald befindlichen Spreewaldring Training Center handelt es sich gleichermaßen um eine genehmigungsbedürftige Anlage nach dem BImSchG. Sie ist der Nr. 10.17.2V des Anhang 1 der 4. Bundes-Immissionsschutzverordnung zugeordnet. Der Betrieb der Anlage erfolgt auf Grundlage des Änderungsgenehmigungsbescheides Nr. 50.055.ÄO/08/1017.2/RS vom 13. Mai 2009 während der Tagzeit. Zum Nachweis der Zulässigkeit des Anlagenbetriebes wurden ebenfalls durch die BeSB GmbH Berlin Immissionsmessungen durchgeführt. Dem Landesamt für Umwelt (LfU) liegt hierzu der Messbericht Nr. 4613.4-10 vom 21.08.2010 vor. Maßgebliche Immissionsorte bilden hier u.a. das Wohnhaus in der Gartenstraße Nr. 10 in Waldow (Entfernung ca. 730 m) und die Hauptstraße 1 in Rietzneuendorf (Entfernung rund 1400m).	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
59.	Im Ergebnis der Messung sind vom Anlagenbetrieb des Spreewaldring Training Center am Immissionsort, dem Wohnhaus in der Gartenstraße Nr. 10 in Waldow keine charakteristischen Anlagengeräusche wahrgenommen worden. Die Ermittlungen ergaben einen Hintergrundgeräuschpegel von 37-39 dB(A) am Tag. Eine relevante bzw. berechnete Vorbelastung durch den Betrieb des Spreewaldring	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

14 Landesamt für Umwelt		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Training Center für die Ortslage Waldow ist somit nicht gegeben.		
60.	Für den maßgeblichen Immissionsort, das Wohnhaus in der Hauptstraße 1 in Rietzneuendorf wurden Beurteilungspegel von 44 bis 50 dB(A) ermittelt. Somit befindet sich das Wohnhaus Hauptstraße 1 im Einwirkungsbereich des Anlagenbetriebes des Spreewaldring Training Center und es ist ein anteiliges Ausschöpfen des Immissionsrichtwertes von tags 55 dB(A) für den Immissionsort, Wohnhaus in der Hauptstraße 1 in Rietzneuendorf, gegeben.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
61.	<u>Auswirkungen und Emissionen von Photovoltaikanlagen</u> Bei einer Photovoltaik-Freiflächenanlage handelt es sich aus immissionsschutzrechtlicher Sicht um eine nichtgenehmigungsbedürftige Anlage. Nach § 22 BImSchG muss der Betreiber solcher Anlagen diese so errichten und betreiben, dass nach dem Stand der Technik vermeidbare schädliche Umweltbeeinträchtigungen vermieden werden. Durch die PV-Anlage entstehen Licht- und Geräuschemissionen, die zu schädlichen Umwelteinwirkungen führen können. Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes ist darauf zu achten, dass die von der PV-Anlage ausgehenden Licht- und Lärmemissionen nicht zu schädlichen Umwelteinwirkungen auf die Nachbarschaft führen. Bei der Errichtung der PV-Anlage sind die Anforderungen des § 23 BImSchG einzuhalten.	Der Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen. Nach aktuellem Stand wird von nach Süden ausgerichteten Modulen ausgegangen. Dabei sollen ab Werk reflexionsarme Module verwendet und Sichtschutzhecken gepflanzt werden. Weiterhin wurde mit der Verkleinerung des Geltungsbereichs die Entfernung zu Wohnnutzungen auf mindestens 680 m erweitert. Es wird somit davon ausgegangen, dass eine Beeinträchtigung durch Licht ausgeschlossen werden kann. Eine Beeinträchtigung durch Lärm kann durch die Verortung der Lärm verursachenden Nebenanlagen an den siedlungsabgewandten Bereichen sowie innerhalb der Modulflächen ausgeschlossen werden.	Planzeichnung (Teil A)
62.	a) <u>Blendwirkungen</u> Zu den Auswirkungen durch Blendungen wird auf die Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Mit der Verkleinerung des Geltungsbereichs wurde die Entfernung	Keine

14 Landesamt für Umwelt		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 verwiesen. Bei der Beurteilung sind Immissionsorte kritisch, wenn sie vorwiegend westlich oder östlich einer Photovoltaikanlage liegen und weniger als ca. 100 m von dieser entfernt sind. Eine erhebliche Belästigung im Sinne des BImSchG kann vorliegen, wenn die maximal mögliche Blenddauer mindestens 30 Minuten am Tag oder 30 Stunden im Jahr beträgt. Beim vorliegenden Einzelfall ist nicht mit Beeinträchtigungen auf Wohnnutzung zu rechnen, da die nächste Wohnbebauung ca. 300 m entfernt ist.	zu Wohnnutzungen auf mindestens 680 m erweitert.	
63.	<u>Geräusche</u> Geräuschemissionen bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen werden durch technische Anlagen wie z.B. Speicherkomponenten, Wechselrichterstationen und Transformatoren hervorgerufen. Sie können mitunter Schalleistungspegel von 80 dB(A) erreichen. Je nach Entfernung dieser Anlagen zu den Immissionsorten, kann es zu Beeinträchtigungen durch Lärm kommen. Gem. S. 7 Umweltbericht werden sich die „Trafo- und Wechselrichterstationen [...] in den Randbereichen der einzelnen Sondergebiete“ befinden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Eine Beeinträchtigung durch Lärm kann durch die Verortung der Lärm verursachenden Nebenanlagen an den siedlungsabgewandten Bereichen sowie innerhalb der Modulflächen ausgeschlossen werden.	Keine
64.	Es ist ein plausibler, verbal-argumentativer Nachweis zu führen, dass keine Beeinträchtigungen der schutzwürdigen Nutzungen zu erwarten sind und die Immissionsrichtwerte eingehalten werden. Grundsätzlich wird seitens des LfU angeregt im Rahmen der nachgeordneten Planungsebene, die Nebenanlagen so weit wie möglich von den schutzwürdigen Nutzungen entfernt anzuordnen.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Ausführungen zu den Standorten der Immissionsorte wurden in der Begründung zum Entwurf des Bebauungsplans konkretisiert. Somit wird nachvollziehbar dargelegt, warum keine Geräuschemissionen auf die Nachbarschaft zu erwarten sind.	Begründung (Kapitel 5.2.2 Nr. 7)

14 Landesamt für Umwelt		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
65.	<p>3. <u>Fazit</u></p> <p>Ausgehend von Art und Umfang der geplanten Neuentwicklung von Photovoltaikanlagen und dem bereits in der näheren Umgebung existierenden Nutzungsbestand sind erhebliche Immissionskonflikte infolge der Vorhabenrealisierung derzeit nicht erkennbar. Die vorliegende Planung wird als realisierbar eingeschätzt. Ein abschließendes Votum des LfU ist erst nach Vervollständigung der Planungsunterlagen möglich.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
66.	Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
67.	<p>Belang Wasserwirtschaft</p> <p>4. Weitergehende Hinweise</p> <p>[X] Sonstige fachliche Hinweise oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Anlage: Wasserkörpersteckbrief für den 3. Bewirtschaftungszeitraum (2022-2027)</p> <p>Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU Brandenburg gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:</p> <p>Grundsätzliche Hinweise zu den wasserwirtschaftlichen Belangen</p> <p>Im Plangebiet befinden sich Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Der zuständige Unterhaltungsverband (hier Wasser- und Bodenverband WBV „Nördlicher Spreewald“) wurde ebenfalls zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert. Diese ist im vorliegenden Protokoll unter der laufenden Nr. 30 aufgeführt.</p> <p>Der WBV hat u. a. auf den einzuhaltenen Gewässerrandstreifen von 5 m ab Böschungskante hingewiesen. Die Baumgrenze befindet sich mindestens 11 m entfernt von der Böschungskante. Eine Beeinträchtigung des Gewässers kann damit ausgeschlossen werden. Die gesetzlichen Vorgaben des § 38 WHG wurden in der Entwurfsbearbeitung berücksichtigt.</p>	Planzeichnung (Teil A) Begründung (Kapitel 2.10 Nr. 19; Kapitel 5.4 Nr. 13)

14 Landesamt für Umwelt		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Das Plangebiet schließt Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).		
68.	<p><i>Grundsätzliche Hinweise im Hinblick auf Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG)</i></p> <p>Mit dem „Kabelgraben“ führt ein nach EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) berichtspflichtiges oberirdisches Gewässer durch das Plangebiet.</p> <p>Eine Relevanz der planerischen Festlegungen im Hinblick auf die Anforderungen der WRRL ist damit grundsätzlich möglich und sollte in dem Verfahren geprüft werden.</p>	Der Stellungnahme wird gefolgt. Mit der Festsetzung der einzuhaltenden Abstände zum Gewässer und des dauerhaft zu ermöglichenden Zugangs zu Wartungs- und Pflegearbeiten wird dem Artikel 1 „Ziel“ der Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik entsprochen. Beeinträchtigungen auf das Gewässer sind nicht zu erwarten.	Planzeichnung (Teil A)
69.	<p><u>Rechtsgrundlagen und das Plangebiet betreffende EU-Berichterstattung</u></p> <p>Die Umweltziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurden in das WHG als Bewirtschaftungsziele für die Gewässer übernommen. Um diese Bewirtschaftungsziele zu erreichen, wurden - als Instrumente zur Umsetzung der WRRL - Maßnahmenprogramme nach § 82 WHG und Bewirtschaftungspläne nach § 83 WHG aufgestellt. Im Internet können die das Plangebiet betreffenden aktuellen Unterlagen der EU-Berichterstattung (Zeitraum 2022-2027) für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe unter folgendem Link eingesehen werden: https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/umwelt/wasser/gewaesserschutz-und-entwicklung/europaeische-</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

14 Landesamt für Umwelt		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	wasserrahmenrichtlinie-im-ueberblick/bewirtschaftungsplaene-und-massnahmenprogramme/		
70.	<p><u>Allgemein verfügbare Daten- und Planungsgrundlagen des LfU für das Plangebiet</u></p> <p>Zur Untersetzung dieser Maßnahmenprogramme werden im Land Brandenburg für oberirdische Gewässer Gewässerentwicklungskonzepte (GEK) erstellt. Das Plangebiet liegt in dem GEK-Gebiet „Unterer Spreewald (Umflutkanal Lübben bis Jähnicks Graben (SpM_UntSpreew)).</p> <p>Dieses GEK liegt vor und der Endbericht kann unter https://www.wasserblick.net/servlet/is/87936/ nachgelesen werden.</p> <p>Wasserkörperspezifische Informationen können dem Kartendienst des Landes entnommen werden www.apw.brandenburg.de (Themen □ Wasserrahmenrichtlinie).</p> <p>Beigefügt ist in der Anlage der Steckbrief für den Wasserkörper „Kabelgraben“.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es sind keine Beeinträchtigungen des Gewässerentwicklungskonzepts durch das Vorhaben zu erwarten.</p>	Keine
71.	<p><u>Anforderungen an planerische Festlegungen</u></p> <p>Bei den planerischen Festlegungen, die Auswirkungen auf die Erreichung der Bewirtschaftungsziele des genannten Wasserkörpers haben können, sind das Verschlechterungsverbot und das Zielerreichungsgebot nach WHG § 27 zu beachten. Aufgrund des Zielerreichungsgebotes dürfen die planerischen Festlegungen auch der Umsetzung künftiger Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nicht entgegenstehen.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Kabelgraben befindet sich außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen. Aufgrund der geplanten Nutzung ist keine Beeinträchtigung der Gewässerstruktur sowie eine Belastung mit Nähr- oder Schadstoffen zu erwarten. Dem Bewirtschaftungsziel gem. § 27 Abs. 2 WHG, eine Verschlechterung des ökologischen Potenzials und chemischen Zustands zu vermeiden bzw. diese zu erhalten, wird damit entsprochen. Die Ausführungen wurden in die</p>	Planzeichnung (Teil A+B), Begründung (Kapitel 2.10 Nr. 19; Kapitel 5.4 Nr. 13)

14 Landesamt für Umwelt		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen. Zudem wird gemessen ab der Böschungsoberkante ein Schutzstreifen mittels eines Geh-, Fahr- und Leitungsrechts (G/F/L1) freigehalten.	
72.	<p>Das nach WRRL berichtspflichtige Oberflächengewässer „Kabelgraben“ ist als künstliches Gewässer eingestuft. Das Gewässer befindet sich mit einer Länge von ca. 250 m im räumlichen Geltungsbereich des geplanten Solarparks. Auf die hydromorphologischen Steckbriefe der deutschen Fließgewässertypen verweisend ist der Kabelgraben ein „Kleines Niederungsfließgewässer in Fluss und Stromtälern“ (Typ 19): https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_43_2014_hydromorphologische_steckbriefe_der_deutschen_fliessgewaessertypen_0.pdf</p> <p>Charakteristisch für diesen Fließgewässertyp ist u.a., dass der Gewässerrandstreifen vorherrschend lebensraumtypische Gehölze (Galerie, Einzelgehölze) und streckenweise gehölzfreie Ufer aufweist. Für das gute ökologische Potenzial ist die Beschattung < 25 % mit sonnigen Bereichen erforderlich. Im o.g. Gewässerentwicklungskonzept (GEK) wurden bestehende Defizite erfasst und entsprechende Maßnahmen zur Zielerreichung gemäß der WRRL ausgewiesen. Der betroffene Bereich liegt im GEK-Planungsabschnitt P07. Als Maßnahmen sind im GEK die Einhaltung /Ausweisung des Gewässerrandstreifens (beidseitig) mit einer Breite von 5 m, in dem Initialpflanzungen erfolgen sollen, ausgewiesen. Die Maßnahme ist bezüglich der Umsetzung von vier Prioritätsstufen in die zweithöchste Stufe eingeordnet. Die</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele sowie zur Kompensation nachteiliger Umweltauswirkungen wird im Bebauungsplan beidseitig zur Böschungsoberkante des Grabens im Abstand von 5 m ein Uferrandstreifen als Kennzeichnung übernommen und Initialpflanzungen festgesetzt. Die Ziele des GEK werden durch die vorliegende Planung nicht negativ beeinträchtigt.</p>	<p>Planzeichnung (Teil A+B), Begründung (Kapitel 2.10 Nr. 19), Umweltbericht (Kapitel 3.1.3)</p>

14 Landesamt für Umwelt		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	<p>Südseite des Gewässers (in Fließrichtung gesehen) ist hier von besonderer Wichtigkeit, da von Bäumen und Sträuchern die höchste Effizienz bzgl. des Beschattungsgrades für das Gewässer ausgeht.</p> <p>Im Bebauungsplan Vorentwurf Begründung, Teil II des Umweltberichtes wurde nicht auf die Aspekte der WRRL eingegangen, was in der weiteren Planung erfolgen muss. Es ist zu prüfen, ob die zur Zielerreichung vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem GEK über das Vorhaben als geplante Maßnahmen zur Kompensation nachteiliger Umweltauswirkungen im weiteren Planverfahren integriert werden können. Damit kann gleichzeitig dem § 21 Abs. 5 des Bundesnaturschutzgesetzes Rechnung getragen werden, dass "... oberirdische Gewässer einschließlich ihrer Randstreifen, Uferzonen und Auen als Lebensstätten und Biotope für natürlich vorkommende Tier- und Pflanzenarten zu erhalten sind. Sie sind so weiterzuentwickeln, dass sie ihre großräumige Vernetzungsfunktion auf Dauer erfüllen können."</p>		
73.	Die Einzäunung des sonstigen Sondergebietes (Photovoltaik 1) direkt bis an die Gewässerkante bzw. ggf. sogar des gesamten Gewässers ist aus den zuvor genannten Gründen abzulehnen.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Zur Gewässerkante bzw. Böschungsoberkante wird ein Schutzstreifen von 5 m Breite eingehalten, sodass eine Beeinträchtigung des Gewässers ausgeschlossen werden kann.	Planzeichnung (Teil A)

15 Landesbetrieb Forst Brandenburg		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
74.	Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen konnte ich feststellen, dass bei der geplanten Maßnahme Wald gemäß § 2 LWaldG nicht direkt in Anspruch genommen wird.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die vorhandenen Wegeverbindungen werden durch das	Keine

15 Landesbetrieb Forst Brandenburg		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Unter Einhaltung der nachfolgend aufgeführten Bedingungen und Auflagen bestehen aus forstbehördlicher Sicht keine Bedenken gegenüber dem Bauvorhaben: 1. Die Außengrenzen des Bebauungsplans grenzen bedingt durch Lage und Größe häufig an Wald an. Bei der weiteren Planung und Ausführung ist zu gewährleisten, dass die freie Zugänglichkeit dieser Waldflächen durch das vorhandene Wegenetz ständig gewährleistet wird (LWaldG § 15 (1), §18 (1) und (2)).	Vorhaben nicht berührt. Die Zugänglichkeit des bestehenden Wegenetzes bleibt erhalten.	
75.	2. Auf Grund der geringen Abstandshaltung zum Wald kommt auf den Waldbesitzer nach § 823 BGB eine erhöhte Verkehrssicherungspflicht zu. In diesem Zusammenhang wird auf das bauplanungsrechtliche Rücksichtnahmegebot hingewiesen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
76.	3. Umfallende Bäume können Anlagen beschädigen. Empfehlenswert wäre die Einhaltung eines entsprechenden Abstands zwischen Wald und PV-Elementen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zu den angrenzenden Waldflächen wird ein Abstand von mindestens 28,5 m eingehalten. Eine Beeinträchtigung der Anlagen durch Bäume ist somit hinreichend ausgeschlossen.	Planzeichnung (Teil A)
77.	4. Die Vorgaben des Waldbrandschutzes sind einzuhalten (§ 20 und § 23 LWaldG).	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
78.	5. Veränderungen und Schädigung am angrenzenden Baumbestand sind auszuschließen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
79.	6. Die Lagerung von Baumaterial und Erdaushub in den angrenzenden Waldflächen ist untersagt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

15 Landesbetrieb Forst Brandenburg		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
80.	7. Eine Befahrung bzw. Benutzung der angrenzenden Waldfläche ist untersagt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
81.	8. Abweichungen von der bestehenden Planung – insbesondere, wenn doch Wald in Anspruch genommen wird – sind unverzüglich mit dem Forstamt Dahme-Spreewald abzustimmen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
82.	9. Der Beginn und die Beendigung, auch vorbereitender Arbeiten, sind dem zuständigen Revierleiter Herr Christian Göhler unter (01622776214) rechtzeitig mitzuteilen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
83.	10. Die forstbehördliche Zustimmung zum Vorhaben wird unbeschadet privater Rechte Dritter erteilt. Sie lässt auf Grund anderer Vorschriften bestehenden Verpflichtungen zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen, Erlaubnissen und Gestattungen oder zum Erstellen von Anzeigen unberührt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

17 Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
84.	die Verbände bedanken sich für die frühzeitige Beteiligung am o.g. Planverfahren und äußern sich wie folgt: Die vorliegende Planung umfasst die Errichtung einer Freiflächen-Solaranlage auf ca. 116 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Bereits 2005 hatten sich die Verbände gegenüber dem nördlich der hier betroffenen Planfläche befindlichen Bebauungsplan Spreewaldring Training Center Waldow kritisch und letztendlich ablehnend geäußert (s. Anlage).	Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Mit der Verkleinerung des Geltungsbereichs wurde die in Anspruch zu nehmende Fläche auf 68,0 ha reduziert.	Planzeichnung (Teil A)

17 Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
85.	<p>Unsere Einwände aus 2005 hinsichtlich Übergeordneter Planungen (Regionalplan/Landschaftsprogramm/Landschaftsrahmenplan) gelten hier im übertragenen Sinn ebenso (s.a. S. 7-9 Umweltbericht-Vorentwurf 2023).</p> <p>In 700m Entfernung befindet sich das NSG/FFH-Gebiet Prielow bei Golßen, welches feuchte bis nasse Standorte an Rande des Baruther Urstromtales umfasst.</p> <p>20m südwestlich befindet sich ein geschützter Eichen-Hainbuchenwald.</p> <p>400m entfernt befindet sich die Schutzzone III des Wasserschutzbereiches Rietzneuendorf.</p> <p>Südöstlich werden Niedermoorflächen vom Plangebiet umschlossen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Auf die genannten Schutzgebiete und zu schützende Flächen sind keine Auswirkungen durch die vorliegende Planung zu erwarten. Die Ausführungen zu den Schutzgebieten sind dem Umweltbericht zu entnehmen.</p>	<p>Umweltbericht (Kapitel 2.2.1, 2.2.2, 2.3.1, 2.3.3, 3.1.1, 3.1.2 und 3.2.9)</p>
86.	<p>Die Bodenwertzahlen liegen zwischen 16-50. Es sind somit für Brandenburg durchaus auch <u>hochwertigere landwirtschaftliche Flächen betroffen</u>, die somit der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden würden.</p>	<p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die vorliegende Planung dient der Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energiequellen. Vor dem Hintergrund der Klimaschutzziele und der damit verfolgten Treibhausgasneutralität leistet das Vorhaben einen wichtigen Beitrag zur Zielerreichung.</p> <p>Die Betrachtung der Planungsalternativen innerhalb des Gemeindegebiets kam unter Abwägung der betroffenen Belange zu dem Ergebnis, dass der Standort für das Vorhaben besonders geeignet ist. Die Ausführungen zur Alternativprüfung sind der Begründung zum Bebauungsplan zu entnehmen.</p>	<p>Planzeichnung (Teil A), Begründung (Kapitel 4.9 Nr. 19)</p>

17 Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Der überwiegende Teil der von der Planung betroffenen Flächen weisen geringe Boden- und Ackerzahlen auf (durchschnittlich 20). Lediglich vereinzelte Flächen weisen Zahlen von bis zu 48 auf, sodass eine großflächige Beeinträchtigung landwirtschaftlich hochwertiger Flächen ausgeschlossen werden kann.	
87.	Solaranlagen im Außenbereich sind <u>keine privilegierten Vorhaben</u> . Die Ausweisung einer Fläche von 116ha halten wir für völlig <u>überdimensioniert</u> .	<p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Bei dem Vorhaben handelt es sich nicht um ein privilegiertes Vorhaben im Außenbereich. Aus diesem Grund besteht die Erforderlichkeit der Aufstellung eines Bebauungsplans.</p> <p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen hat die Gemeinde die Planungshoheit, die durch das Grundgesetz gesichert ist (vgl. Art. 28 GG). Es sichert ihr zu, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Mit dem Beschluss vom 09.05.2023 hat sich die Gemeindevertreterversammlung zur Aufstellung des Bebauungsplans entschlossen.</p> <p>Die Betrachtung der Planungsalternativen innerhalb des Gemeindegebiets kam unter Abwägung der betroffenen Belange zu dem Ergebnis, dass der</p>	Planzeichnung (Teil A), Begründung (Kapitel 4.9)

17 Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Standort für das Vorhaben besonders geeignet ist. Die Ausführungen zur Alternativprüfung sind der Begründung zum Bebauungsplan zu entnehmen. Mit der Verkleinerung des Geltungsbeereichs zum Entwurf des Bebauungsplans wurde die im Außenbereich zu überbauende Fläche auf 57 ha reduziert.	
88.	Die <u>Ortschaft</u> Waldow ist nur ca. 200m entfernt. Hier könnte eine Blendwirkung der Anlage bis in die bewohnte Ortschaft hinein erfolgen.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die mit Solarmodulen überbaubare Fläche (SO Photovoltaik) wurde im Entwurf des Bebauungsplans reduziert, wodurch sich der Abstand der Solarmodule zur Ortschaft Waldow auf mindestens 680 m vergrößert. Gemäß der Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt (laufende Nummer 14 des vorliegenden Protokolls) sind bereits durch die im Vorentwurf geringeren Abstände Beeinträchtigungen durch Blendwirkung ausgeschlossen. Zusätzlich werden an den der Ortschaft zugewandten Seiten des Solarparks Heckenpflanzungen vorgenommen, um mögliche Blendwirkungen zu reduzieren.	Planzeichnung (Teil A), Begründung (Kapitel 5.6 Nr. 17), Umweltbericht (Kapitel 6)
89.	Nordöstlich schließt sich der Gurkenradweg an, welcher touristische Bedeutung hat.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Radweg befindet sich circa 150 m vom Geltungsbereich des Bebauungsplans entfernt. Auf den	Keine

17 Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Radweg sind keine Auswirkungen durch die vorliegende Planung zu erwarten.	
90.	<u>Kumulative Wirkungen</u> (380-kV-Freileitung und Windkraftanlagen östlich des Plangebietes) sind zu prüfen.	Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Im Entwurf des Bebauungsplans wurde der Geltungsbereich verkleinert. Damit hat sich auch der Abstand zur Ortslage Waldow auf mindestens 680 m erhöht. Weiterhin wurde die bauliche Höhe der Anlage beschränkt sowie Heckenpflanzungen festgesetzt, sodass die Wahrnehmung der geplanten Anlage aus dem Ort als sehr gering bis gar nicht einzustufen ist. Kumulative Wirkungen zwischen der Freileitung, den Windkraftanlagen und der geplanten Freiflächen-Photovoltaikanlage können damit ausgeschlossen werden.	Planzeichnung (Teil A)
91.	In jedem Fall fordern wir ein qualifiziertes Artenschutzgutachten, welches neben der Erfassung der Brut-, Greif- und Großvögel auch Aussagen zu Zug- und Rastvögeln macht. Neben den Reptilien- und Amphibien sind auch die Fledermäuse in die Untersuchung mit einzubeziehen, da die Fläche höchstwahrscheinlich als Lebensraum (Jagdrevier) für Fledermäuse in Frage kommt.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der vorgenommene Kartierungsrahmen wurde mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. Die Erforderlichkeit der Kartierung von Zug- und Rastvögeln konnte dabei zunächst ausgeschlossen werden, da die Flächen für diese Arten von geringer Bedeutung sind.	Artenschutzfachbeitrag (Kapitel 3.1), Umweltbericht (3.1.1)
92.	Darüber hinaus fordern wir eine FFH-Vorprüfung (FFH-Gebiet Prierow bei Golßen). Die pauschale Behauptung,	Der Stellungnahme wurde nicht gefolgt. Im Rahmen des Umweltberichts erfolgte eine Prüfung der Auswirkungen des Bebauungsplans u.a. auch auf die	Keine

17 Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	dass keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten sind, genügt hier nicht.	Schutzgüter gem. § 1 Abs. 6 Nr. 6. BauGB. Eine Beeinträchtigung auf das FFH-Gebiet konnte dabei aufgrund der räumlichen Entfernung ausgeschlossen werden.	
93.	FAZIT Aufgrund anderslautender überregionaler Planungen (Regionalplan/Landschaftsprogramm/Landschaftsrahmenplan/Flächennutzungsplan) und geschützter bzw. wertvoller Naturlandschaften (NSG/FFH, Hainbuchenwald, Wasserschutzgebiet, Niedermoorflächen) und landwirtschaftlich ertragreicher Flächen wird die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage kritisch gesehen und in der geplanten Dimension von 116ha abgelehnt. Abschließende Ergebnisse des Umweltberichtes stehen noch aus. Die Verbände sind gerne bereit, bei der Vorlage ergänzender Unterlagen, insbesondere des Umweltberichtes abschließend Stellung zu nehmen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Abwägung der einzelnen Punkte ist den zuvor genannten Ausführungen zu entnehmen.	Keine

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
94.	die o.g. Unterlagen zum Vorentwurf des Bebauungsplanes wurden zur Kenntnis genommen. Es ergeht folgende Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 1 BauGB. Untere Naturschutzbehörde gemäß BauGB, BNatSchG [X] Betroffenheit durch die vorgesehene Planung 1. Einwendungen	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Umweltbericht und Artenschutzfachbeitrag sowie Kartierungen wurden in den Entwurf des Bebauungsplans eingearbeitet.	Begründung, Planzeichnung, Artenschutzfachbeitrag, Umweltbericht

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen: Alle Anforderungen gemäß der Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 BauGB sowie §§ 2a und 4c BauGB sind zu erfüllen.		
95.	b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung: Die Methoden und Mindeststandards bei der Erfassung des Arteninventars für den Artenschutzfachbeitrag haben sich grundsätzlich am Stand der wissenschaftlichen Forschung und an den sich daraus ableitbaren Qualitätsstandards zu orientieren. Diese Erfassungen liefern letztendlich die Datenbasis für ein damit verbundenes, parallel zu erarbeitendes Artenschutzkonzept, über welches im Rahmen des Bauleitplanverfahrens Vorgaben und konkrete Artenschutzmaßnahmen für spätere Baugenehmigungsverfahren vorbereitet werden (z. B. Vorhaltung und Umfang von Ersatzflächen zur Umsiedlung, Umfang von Ersatzniststätten oder Nistplatzoptimierungen etc.). Die im Plangebiet vorkommenden Biotop sind als eine der Grundlagen für Artenschutzprüfungen in einer eigenen Kartierung zu erfassen. Angrenzende Strukturen sind ebenfalls in die Untersuchungen mit einzubeziehen, um gerade für künftige aus dem Bebauungsplan resultierende Bautätigkeiten mögliche Verbotstatbestände des Artenschutzrechtes auszuschließen. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung bereits vorgelegten Teiluntersuchungen stellen bereits gute Ansätze für die finale Abarbeitung der Schutzgüter dar.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Hinweise und Anforderungen für die Erarbeitung des Artenschutzfachbeitrags wurden in der Erarbeitung berücksichtigt und in den Entwurf des Bebauungsplans eingearbeitet.	Begründung, Planzeichnung, Artenschutzfachbeitrag
96.	3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es sind keine weiteren	Begründung (Kapitel 6.3, Nr. 7),

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	<p>a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen:</p> <p>Im Rahmen der regulären Prüfung der Einhaltung der Festsetzungen des Bebauungsplanes sowie der Prüfung der Umsetzung und der Effektivität der Kompensation durch den Träger der Satzung erfolgt die über § 4c BauGB gesetzlich verankerte Überwachung hinsichtlich möglicher erheblicher Umweltauswirkungen, die aufgrund der Durchführung des Bebauungsplanes eintreten können.</p>	<p>erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten, die spezifische Überwachungsmaßnahmen im Sinne des § 4c BauGB erfordern würden.</p> <p>Der Stellungnahme wurde gefolgt. Zur Überprüfung der Maßnahme 3A CEF (Entwicklung von Freiflächen innerhalb der Anlage) erfolgt nach Abschluss der Bauphase ein 5-jähriges Monitoring der Feldlerchenbrutpaare. Dabei wird eine Kontrolle der Brutplätze in enger Abstimmung mit der UNB mindestens einmal nach ca. 2 Jahren und nach 5 Jahren erfolgen.</p>	Umweltbericht (Kapitel 8)
97.	b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme: /	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
98.	<p>4. Weiter gehende Hinweise</p> <p>Im Umweltbericht sind die Umweltauswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter (z. B. Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen usw.) zu beschreiben und zu bewerten. Es sind die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern darzustellen. Für sich daraus entwickelnde nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt sind geeignete Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen festzusetzen, um die Beeinträchtigungen auf den unvermeidbaren Rest zu minimieren. Bei der Festsetzung der Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen ist die "Leitlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen" (Licht-Leitlinie) des Landes Brandenburg vom 16. April 2014 (ABl./14, Nr. 21, S. 691), geändert durch</p>	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Anforderungen und Hinweise zur Erarbeitung des Umweltberichts wurden berücksichtigt und in den Entwurf des Bebauungsplans eingearbeitet.	Begründung, Planzeichnung, Umweltbericht

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Erlass des MLUK vom 17. September 2021 (ABl./21, Nr. 40, S. 779) anzuwenden sowie bereits die künftige Aktivierung des § 41 a BNatSchG (Schutz von Tieren und Pflanzen vor nachteiligen Auswirkungen von Beleuchtungen) zu berücksichtigen.		
99.	Bei der Ermittlung der Auswirkungen des Vorhabens auf Naturhaushalt und Landschaft, insbesondere auf das Schutzgut Boden und Biotope, ist die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung (§§ 14 und 15 BNatSchG) abzuarbeiten und durch konkrete Maßnahmen zur Kompensation festzusetzen. Gemäß § 1 a Abs. 3 BauGB hat der Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft durch geeignete Festsetzungen nach § 9 BauGB als "Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich" im Plangebiet zu erfolgen. Die Kompensationsmaßnahmen sind zu beschreiben und darzustellen. An anderer Stelle vorgesehene Kompensationsflächen und -maßnahmen, aufgrund einer unzureichenden Flächenverfügbarkeit im Bebauungsplangebiet selbst, sind ebenfalls konkret im Plandokument festzusetzen. Der aktuelle Erlass zur "Verwendung gebietseigener Gehölze bei der Pflanzung in der freien Natur" des MLUK vom 2. Dezember 2019 (ABl./20, Nr. 9, S. 203) ist entsprechend zu beachten.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Im Umweltbericht wurden auf der Grundlage des Artenschutzfachbeitrags Maßnahmen zur Kompensation und zum Ausgleich erarbeitet. Diese wurden in die zeichnerischen und textlichen Festsetzungen des Entwurfs des Bebauungsplans aufgenommen.	Begründung, Planzeichnung, Artenschutzfachbeitrag, Umweltbericht
100.	Im Umweltbericht ist die Betroffenheit geschützter Arten (alle wildlebenden Vögel und die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie) darzulegen. Im ersten Schritt sind die Arten im Plangebiet zu ermitteln, die mit höchster Wahrscheinlichkeit vorkommen (Relevanzprüfung). Die ermittelten Arten sind in einem gesonderten Artenschutzfachbeitrag (AFB) darzulegen. Aufgrund der naturräumlichen Ausstattung im Plangebiet ist besonders mit dem Vorkommen von Amphibien (Überwinterungshabitate), Reptilien, gebäudebrütenden	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Relevanzprüfung, Darstellung der ermittelten Arten sowie die Beschreibung der betroffenen Artengruppen wurden in den Umweltbericht und ASB eingearbeitet. Sie wurden in den Entwurf des Bebauungsplans eingearbeitet.	Begründung, Planzeichnung, Artenschutzfachbeitrag, Umweltbericht

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	und gewässerbezogenen Vögeln und Fledermäusen zu rechnen. Im AFB müssen die betroffenen Artengruppen beschrieben und im Hinblick auf die relevanten Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG (Schädigungs-, Störungs- und Tötungsverbot) abgeprüft werden. Sollten Arten beeinträchtigt werden, sind geeignete Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen festzulegen und ggf. festzusetzen.		
101.	Insbesondere hinsichtlich des Artenschutzrechtes nach § 44 BNatSchG und des Biotopschutzes nach § 30 BNatSchG ist grundsätzlich zu prüfen, ob der Ausführbarkeit der Planung entsprechende, nicht überwindbare Sachverhalte entgegenstehen könnten.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Im Artenschutzfachbeitrag zum Entwurf des Bebauungsplans wurde diese Thematik geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Planung keine unüberwindbaren Sachverhalte entgegenstehen.	Artenschutzfachbeitrag, Umweltbericht
102.	Bei der Eingriffs- und Ausgleichsplanung ist die Baumschutzverordnung des Landkreises Dahme-Spreewald (BaumSchV LDS) entsprechend zu berücksichtigen.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Baumschutzverordnung des Landkreises Dahme-Spreewald sowie des Amtes Unterspreewald wurden bei der Erarbeitung des ASB und Umweltberichts sowie bei der Erarbeitung der Festsetzungen des Bebauungsplanes berücksichtigt. Es sind keine Bäume im Plangebiet zu fällen	Begründung (Kapitel 3.4 Nr. 6)
103.	[X] Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise Die bisher bereits im Vorentwurf integrierten Wildtierkorridore finden die Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde. Unter Beachtung der dabei noch immer sehr großen zusammenhängenden Bereiche der Baugebiete SO Photovoltaik 1 und 2 (insbesondere in der gemeinsamen Auswirkung mit der Motorsportanlage "Spreewaldring") ist zu	Der Stellungnahme wird gefolgt. Zwischen dem SO 3 und 4 (vormals SO 2) wurde ein weiterer Wildtierkorridor ergänzt und in die Planzeichnung aufgenommen. Weiterhin wurde die mit Solarmodulen überbaubare Fläche (SO Photovoltaik) im Entwurf des Bebauungsplans	Planzeichnung (Teil A), Begründung (Kapitel 5.6 Nr. 18), Umweltbericht (Kapitel 6)

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	prüfen, inwieweit gegebenenfalls über Synergien mit den notwendigen internen Erschließungswegen zur Unterhaltung und zum Brandschutz insbesondere in der Nordwest-Südost-Ausrichtung eine weitere Möglichkeit zur Erhöhung der Passagen für wandernde Großtiere besteht. Der Fokus liegt hierbei auf dem schmalen Bereich in der Fläche des SO Photovoltaik 2 (Flurstücke 183, 184, 185 der Flur 4, Gemarkung Waldow/Brand), um eine Sackgassenwirkung für den südlich gelegenen feuchten Grünlandbereich zu vermeiden.	reduziert, was die Durchwegbarkeit für Großtiere fördert.	
104.	In den für die frühzeitige Behördenbeteiligung vorgelegten Unterlagen fehlte die in der Begründung, Punkt 2.10 dargestellte Anlage 1 - Kartierungsliste.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die in den Unterlagen zum Vorentwurf unter Punkt 2.10 angesprochene Anlage 1 – Kartierungsliste wurde in den ASB	Keine
105.	Auf den abweichend von der "Handreichung zur Standortauswahl von Photovoltaikanlagen" des Landkreises Dahme-Spreewald vom 15. März 2023 gewählten Geltungsbereich des geplanten Bebauungsplanes, mit einer Inanspruchnahme von Landwirtschaftsflächen mit Bodenzahlen zwischen 35 bis zu 50, ist argumentativ separat in der Begründung und im Umweltbericht einzugehen. Insbesondere ist eine Notwendigkeit der Nutzung solcher hochwertigen landwirtschaftlichen Flächen darzustellen.	Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Bei der Aufstellung von Bauleitplänen hat die Gemeinde die Planungshoheit, die durch das Grundgesetz gesichert ist (vgl. Art. 28 GG). Die Handreichung ist in diesem Zusammenhang lediglich als Leitlinie für die Gemeinde zu verstehen. Die vorliegende Planung dient der Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energiequellen. Vor dem Hintergrund der Klimaschutzziele und der damit verfolgten Treibhausgasneutralität leistet das Vorhaben einen wichtigen Beitrag zur Zielerreichung.	Begründung

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		<p>Die Betrachtung der Planungsalternativen innerhalb des Gemeindegebiets kam unter Abwägung der betroffenen Belange zu dem Ergebnis, dass der Standort für das Vorhaben besonders geeignet ist. Die Ausführungen zur Alternativprüfung sind der Begründung zum Bebauungsplan zu entnehmen.</p> <p>Der überwiegende Teil der von der Planung betroffenen Flächen weisen geringe Boden- und Ackerzahlen auf (durchschnittlich 20). Lediglich vereinzelte Flächen weisen Zahlen von bis zu 48 auf, sodass eine großflächige Beeinträchtigung landwirtschaftlich hochwertiger Flächen ausgeschlossen werden kann.</p>	
106.	<p>Im westlichen Bereich des Plangebietes überschneidet sich die Vorhabenfläche mit der Erdgastrasse EUGAL. Für diesen Bereich ist die Zulässigkeit der Nutzung der Trassenbereiche sowie die Überschneidung der PVA-Flächen mit möglichen Kompensationsflächen aus dem Projekt der Gastrassenerichtung zu prüfen und im Umweltbericht darzustellen.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Um eine Beeinträchtigung der Versorgungsleitungen auszuschließen, wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans entsprechend verkleinert und die Flächen der Versorgungsleitungen ausgespart. Die Gasleitungen befinden sich damit mindestens 5 m entfernt von der Grenze des Geltungsbereichs und mindestens 14,5 m entfernt von der Baugrenze. Eine Beeinträchtigung des Trassenverlaufs und der zugehörigen Kompensationsflächen ist damit nicht zu erwarten.</p>	Planzeichnung (Teil A)

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Der Verlauf der Leitungen wurde zur Vollständigkeit in die Planzeichnung aufgenommen.	
107.	Untere Wasserbehörde gemäß BbgWG, WHG, AwSV [X] Betroffenheit durch die vorgesehene Planung 5. Einwendung a) Einwendung: Der Planvorentwurf einschließlich Umweltbericht enthalten keine Aussagen hinsichtlich des Umgangs mit Niederschlagswasser im Plangebiet.	Der Stellungnahme wird gefolgt. In den Entwurf wurde die Festsetzung aufgenommen: <i>Das auf den Grundstücken anfallende, unbelastete Niederschlagswasser ist auf den Grundstücken flächig zu versickern.</i> Der Umweltbericht zum Entwurf wurde hinsichtlich der Thematik Niederschlagswasser inhaltlich ergänzt.	Planzeichnung (Teil B), Begründung (Kapitel 5.3 Nr. 11), Umweltbericht (Kapitel 3.1.4)
108.	Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes grenzt direkt an den Kabelgraben als Gewässer II. Ordnung bzw. befindet sich teilweise im Geltungsbereich des Bebauungsplanes. Für die Gewässerunterhaltung ist ein Unterhaltungstreifen von 5 m ab Böschungsoberkante freizuhalten. Entsprechende Erläuterungen und daraus ableitend gegebenenfalls notwendig werdende Festsetzungen fehlen. b) Rechtsgrundlage: § 1 Abs. 6 und 7 BauGB i. V. m. WHG und BbgWG	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Kabelgraben befindet sich außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen. Zur Gewährleistung der Gewässerunterhaltung wird gemessen ab der Böschungsoberkante ein Schutzstreifen von 5 m mittels eines Geh-, Fahr- und Leitungsrechts (G/F/L1) freigehalten.	Planzeichnung (Teil A+B), Begründung (Kapitel 5.4 Nr. 13)
109.	c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung: Entsprechend dem Runderlass "Berücksichtigung dezentraler Lösungen zur Niederschlagsentwässerung bei der Bebauungsplanung" vom 11. Oktober 2011 (ABl./11, Nr. 46, S. 2035) sollen dezentrale Maßnahmen zum Rückhalt und zur ortsnahen Bewirtschaftung des Regenwassers zukünftig regelmäßig zur Anwendung kommen, soweit dem keine zwingenden Gründe entgegenstehen. Hierfür haben die Gemeinden bei der Planaufstellung frühzeitig zu prüfen, ob	Der Stellungnahme wird gefolgt. Nach Prüfung der Karten <i>Retentionsflächen Überschwemmung und Vernässungsverhältnisse</i> des Geoportals Brandenburg liegen im Geltungsbereich Flächen mit den Eigenschaften <i>überwiegend hoher und verbreitet mittlerer Grundwassereinfluss und verbreitet niedriger Grundwassereinfluss</i> vor.	Begründung (Kapitel 2.10 Nr. 21)

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	natürliche Gebietseigenschaften einer Versickerung des Niederschlagswassers möglicherweise entgegenstehen. U. a. stellen ungünstige Versickerungseigenschaften der Böden unabweisbare Hinderungsgründe hinsichtlich der Versickerung des Niederschlagswassers dar.	Die Ausführungen wurden in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.	
110.	Grundsätzlich ist im weiteren Planverfahren zu prüfen, ob das unverschmutzte Niederschlagswasser vorzugsweise als Brauchwasser genutzt (Schonung der Ressourcen) bzw. zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Grundwasserneubildungsrate unter Berücksichtigung der Standortbedingungen schadlos gegen Anlieger auf dem eigenen Grundstück über die belebte Bodenzone versickert werden kann.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Durch die Überdeckung der Solarmodule wird das unverschmutzte Niederschlagswasser im Trauf der Module versickert. Unter den Modulen selbst tritt kaum Niederschlagswasser auf. Der Gesamtwasserkreislauf wird weder durch die geringe zusätzliche Versiegelung noch durch eine flächige Versickerung beeinträchtigt. Auswirkungen auf das Grundwasser sind nicht zu erwarten. Die anteilig nur geringe Neuversiegelung und entsprechende Kompensationsmaßnahmen zur Verbesserung von Boden- und Wasserverhältnissen lassen die Umweltfolgen gering erscheinen. Für den Solarpark ergeben sich keine Möglichkeiten zur Nutzung von Brauchwasser. Der Umweltbericht zum Entwurf des Bebauungsplans wurde hinsichtlich der Thematik Niederschlagswasser ergänzt. Eine entsprechende Festsetzung wurde aufgenommen.	Planzeichnung (Teil B), Begründung (Kapitel 5.3 Nr. 11), Umweltbericht (Kapitel 3.2.3)
111.	Hierfür ist ein standortbezogenes Baugrundgutachten unter konkreter Angabe der Bodenklassen, kf-Werte, der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Versickerungsfähigkeit	Keine

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Versickerungsfähigkeit sowie zum Grundwasserstand anzufertigen. Aus dem Baugrundgutachten lässt sich dann ableiten, wie die Niederschlagsentwässerung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes erfolgen kann, insbesondere unter Berücksichtigung der geringen Grundwasserflurabstände auf einem Großteil der Fläche.	des Bodens der aktuell landwirtschaftlich genutzten Flächen als gegeben betrachtet. Die Umsetzung erfolgt Rahmen des nachgeordneten Genehmigungsverfahrens und hat keine Auswirkungen auf den Entwurf des Bebauungsplans.	
112.	Beim Landesamt für Umwelt (LfU, E-Mail: hydrologiedaten@lfu.brandenburg.de oder Tel.: 033201 / 442-449) ist der höchste Grundwasserstand (HGW) abzufragen und bei den geplanten Baumaßnahmen zu berücksichtigen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis ist im Rahmen des nachgeordneten Genehmigungsverfahrens zu berücksichtigen.	Keine
113.	Soweit die Voraussetzungen für eine Versickerung des Niederschlagswassers im Geltungsbereich des Bebauungsplanes nachweislich gegeben sind, hat eine geeignete textliche oder zeichnerische Festsetzung für die Niederschlagsentwässerung im Bebauungsplan zu erfolgen.	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Durch die geplante Neuversiegelung sind keine derartigen Beeinträchtigungen der Bodenfunktion zu erwarten, die eine flächige Versickerung über die belebte Bodenzone verhindern (siehe Abwägung zu Absatz 110 und 111).	Keine
114.	Aus wasserwirtschaftlicher Sicht sollte eine dezentrale Versickerung angestrebt werden. Die Notwendigkeit einer wasserrechtlichen Erlaubnis für die Niederschlagsentwässerung wird im Rahmen der Prüfung eines konkreten Bauantrages beurteilt. Unter Beachtung der unter Punkt 7 der Begründung dargestellten Flächenbilanz wird aber von einer wasserrechtlichen Erlaubnispflicht ausgegangen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
115.	Die Baugrenze im Bereich des Kabelgrabens ist landeinwärts zu verschieben, so dass eine ordnungsgemäße Gewässerunterhaltung des Kabelgrabens jederzeit möglich ist. Ergänzend ist durch textliche Festsetzung in diesem Bereich auch eine Bebauung außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen (z. B. für	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die zeichnerische Darstellung der Baugrenze sowie des Sondergebietes SO Photovoltaik 2 wurde angepasst. Das SO PV-2 ist damit mindestens 5,5 m vom Kabelgraben entfernt. Weiterhin wurde	Planzeichnung (Teil A+B), Begründung (Kapitel 5.4 Nr. 13)

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	untergeordnete bauliche Anlagen wie Zäune) auszuschließen. Die Stellungnahme des Wasser- und Bodenverbandes "Nördlicher Spreewald" ist zu beachten, die Forderungen sind zwingend einzuhalten.	ein Gewässerrandstreifen von 5 m ab Böschungsoberkante in Form eines Geh-, Fahr- und Leitungsrechts festgesetzt. Eine weitere textliche Festsetzung ist nicht notwendig, da untergeordnete bauliche Anlagen außerhalb des Sondergebietes nicht zulässig sind.	
116.	Überirdische Bauwerke an Gewässern II. Ordnung im 5-m Bereich, gerechnet von der Uferlinie landeinwärts, bedürfen gemäß § 87 BbgWG der Genehmigung durch die untere Wasserbehörde.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung erfolgt Rahmen des nachgeordneten Genehmigungsverfahrens und hat keine Auswirkungen auf den Entwurf des Bebauungsplans.	Keine
117.	6. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen: Alle Anforderungen gemäß der Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 BauGB sowie §§ 2a und 4c BauGB sind zu erfüllen.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Umweltbericht wurde unter Berücksichtigung der genannten Rechtsvorschriften überarbeitet.	Umweltbericht
118.	b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung: Die Ausweisung neuer Baugebiete im Rahmen der Bauleitplanung zieht die Bebauung großer Flächen nach sich. Dadurch fallen in verstärktem Maße Abwasser und Abfälle an. Es werden zusätzliche Flächen versiegelt, was zu einer Verminderung der Grundwasserneubildung führen kann. Somit kann das Grundwasser durch das geplante neue Baugebiet in Menge und Qualität beeinträchtigt werden. Aus diesem Grund hat eine Darstellung der Auswirkungen auf das Grundwasser zu erfolgen.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Umweltbericht wird um Ausführungen zu den Auswirkungen der Planung auf das Schutzgut Wasser ergänzt.	Umweltbericht (Kapitel 3.1.3 und 3.2.3)

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
119.	<p>8. Weiter gehende Hinweise</p> <p>[X] Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise</p> <p>Die Versickerung von Niederschlagswasser in das Grundwasser stellt einen wasserrechtlich erlaubnispflichtigen Nutzungstatbestand gemäß WHG dar. Die wasserrechtliche Erlaubnis ist mit folgenden Unterlagen zu beantragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - formloser Antrag - Erläuterungsbericht, der das Vorhaben nach Art, Umfang und Zweck, einschließlich seiner Gründe, Vor- und Nachteile beschreibt und alle zum Verständnis notwendigen Angaben enthält, die aus den zeichnerischen Darstellungen nicht hervorgehen - Berechnung mit Angabe von A_u (angeschlossene befestigte Fläche in m^2), O_d in m^3/a sowie Angabe des Bemessungsregens (r in l/s) - Nachweis der Unschädlichkeit des Niederschlagswassers in Anlehnung an das Merkblatt DWAM 153 „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser“ vom August 2007 - Angaben zu Bau und Bemessung der Versickerungsanlagen entsprechend dem Arbeitsblatt DWA-A 138 „Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser“ vom April 2005 - wird derzeit aktualisiert - konkrete Betriebsanweisung für die Benutzungsanlage(n) - Baugrundgutachten - Ergebnisse Sickerversuche - Übersichtslageplan (Maßstab 1: 50.000 oder 1: 25.000) mit eingezeichnetem Standort 	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung erfolgt Rahmen des nachgeordneten Genehmigungsverfahrens und hat keine Auswirkungen auf den Entwurf des Bebauungsplans.</p>	Keine

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	<ul style="list-style-type: none"> - Lageplan mit deutlich dargestellten und abgegrenzten Einzugsflächen samt Gefälledarstellung und zugeordneten Sickerflächen - Schnittzeichnungen (Versickerungsanlage, etc.) - Überflutungsnachweise nach DIN 1986-100 		
120.	Gemäß § 54 Abs. 3 BbgWG ist die Flächenversiegelung möglichst gering zu halten.	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Durch die vorliegende Planung einer großflächigen Freiflächen-Photovoltaikanlage wird real betrachtet nur in sehr geringem Ausmaß Boden versiegelt. In der Gesamtbetrachtung erfolgt eine neue Versiegelung durch die Anlage lediglich durch die Aufständigung der Module, der Zaunpfosten, baulich untergeordnete Nebenanlagen (z.B. Trafo) sowie durch Wege zur Wartung. Die erforderliche zu versiegelnde Fläche wird durch adäquate Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen.</p> <p>Mit der Verkleinerung des Geltungsbereichs zum Entwurf des Bebauungsplans wurde die zu überbauende Fläche auf 57 ha reduziert.</p>	Keine
121.	Der Bau und der Betrieb des Niederschlagsentwässerungssystems haben nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu erfolgen.	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung erfolgt Rahmen des nachgeordneten Genehmigungsverfahrens und hat keine Auswirkungen auf den Entwurf des Bebauungsplans.</p>	Keine

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
122.	Ein Flurabstand von 1 m zwischen dem mittleren höchsten Grundwasserstand und der Versickerungsebene sind bei einer ordnungsgemäßen Versickerung einzuhalten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung erfolgt Rahmen des nachgeordneten Genehmigungsverfahrens und hat keine Auswirkungen auf den Entwurf des Bebauungsplans.	Keine
123.	Unter Punkt 4.3 der Begründung wird dargelegt, dass vor Ort mit Trafoölen umgegangen wird. Die Lagerung bzw. der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen muss gemäß § 40 AwSV bei der unteren Wasserbehörde mit allen relevanten Unterlagen (Angaben zum Betreiber, zum Standort, zur Abgrenzung der Anlage, zu den wassergefährdenden Stoffen mit Lagermenge, mit denen in der Anlage umgegangen wird, bauaufsichtliche Verwendbarkeitsnachweisen sowie Aussagen zu technischen und organisatorischen Maßnahmen, die für die Sicherheit der Anlage bedeutsam sind, etc.) mindestens sechs Wochen im Voraus schriftlich beantragt werden. Alle Anlagen müssen so errichtet werden, beschaffen sein und betrieben werden, dass wassergefährdende Stoffe nicht austreten können, Undichtheiten aller Anlagenteile, die mit wassergefährdenden Stoffen in Berührung stehen, schnell und zuverlässig erkennbar sind, austretende wassergefährdende Stoffe schnell und zuverlässig erkannt und zurückgehalten sowie ordnungsgemäß entsorgt werden; dies gilt auch für betriebsbedingt auftretende Spritz- und Tropfverluste und bei einer Störung des bestimmungsgemäßen Betriebes der Anlage (Betriebsstörung) anfallende Gemische, die ausgetretene wassergefährdende Stoffe enthalten können, zurückgehalten und ordnungsgemäß als Abfall entsorgt oder als Abwasser beseitigt werden. Alle Anlagen müssen dicht, standsicher und gegenüber	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen und ist zu berücksichtigen.	Begründung (Kapitel 4.3 Nr. 7)

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	den zu erwartenden mechanischen, thermischen und chemischen Einflüssen hinreichend widerstandsfähig sein.		
124.	<p>Sofern Feuerlöschbrunnen errichtet werden sollen, sind diese bei der unteren Wasserbehörde mindestens einen Monat vor Errichtung mit Angaben zum Standort (Gemarkung, Flur und Flurstück), durchführendes Brunnenbauunternehmen, voraussichtliche Tiefe und Angaben zum Wasserbedarf zu beantragen. Es muss die Erstellung von Schichtenverzeichnissen der erstellten Bohrungen gemäß DIN 4022 erfolgen. Die Brunnen sind entsprechend der allgemein anerkannten Regeln der Technik auszubauen. Werden beim Abteufen undurchlässige Schichten durchbohrt, ist die entstandene Verbindung zwischen den verschiedenen Grundwasserleitern sicher abzudichten. Der Brunnenkopf ist so herzustellen, dass eine Verunreinigung des Grundwassers ausgeschlossen ist. An dem abzuteufenden Brunnen sind Leistungspumpversuche zum Nachweis des Wasserdargebots zu erbringen.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Ausführungen wurden in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.</p>	<p>Begründung (Kapitel 4.7 Nr. 16)</p>
125.	<p>Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde gemäß BBodSchG [X] Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden sich nach dem derzeitigen Kenntnisstand im Altlastenkataster des Landkreises Dahme-Spreewald keine Altlasten bzw. altlastverdächtigen Flächen gemäß § 2 Abs. 5 und 6 BBodSchG.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Ausführungen wurden in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.</p>	<p>Begründung (Kapitel 2.6 Nr. 12)</p>
126.	<p>Untere Bauaufsichtsbehörde gemäß BbgBO [X] Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Erschließung wird über einen städtebaulichen Erschließungsvertrag zwischen der Vorhabenträgerin und der Gemeinde</p>	<p>Begründung (Kapitel 4.2 Nr. 5), Anlage Karte Erschließung</p>

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Das Plangebiet muss in ausreichender Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche anliegen oder über eine öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche verfügen.	rechtlich abgesichert. Die Erschließung soll ab dem Geltungsbereich über gemeindliche Wege nach Norden zur L711 erfolgen. Zur besseren Nachvollziehbarkeit wurde dem Bebauungsplan eine Anlage mit Darstellung der übergeordneten Erschließung hinzugefügt und die Ausführungen in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.	
127.	Solarmodule mit 4 m Höhe müssen gemäß § 6 BbgBO Abstandsflächen zu den Grundstücksgrenzen freihalten. Dies ist bei der weiteren Planung zu beachten.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Zwischen der Baugrenze und der Grenze der Sondergebiete Photovoltaik ist ein Abstand von 5 m und damit der erforderliche Abstand gemäß BbgBO eingehalten.	Planzeichnung (Teil A)
128.	Brandschutzdienststelle gemäß BbgBKG [X] Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung [X] Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche hinweise Der Bebauungsplan trifft keine Aussagen zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung (Grundsatz) gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 BbgBKG. Die Machbarkeit der Sicherstellung der Löschwasserversorgung ist im Rahmen der Planung darzulegen. Die Angaben sind spätestens im Baugenehmigungsverfahren mittels Brandschutznachweis zu konkretisieren.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Ausführungen zum Brandschutz wurden in der Begründung zum Bebauungsplan ergänzt.	Begründung (Kapitel 4.7)
129.	Amt für Veterinärwesen, Verbraucherschutz und Landwirtschaft gemäß BauGB <u>Landwirtschaft</u> [X] Betroffenheit durch die vorgesehene Planung 9. Einwendungen	Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die vorliegende Planung dient der Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energiequellen. Vor dem	Planzeichnung (Teil A), Begründung (Kapitel 4.9)

18 Landkreis Dahme-Spreewald	Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
<p>a) Einwendung: Gemäß § 1a Abs. 2 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen und die Bodenversiegelung auf das notwendige Maß begrenzt werden. Die Umnutzung landwirtschaftlicher Flächen hat nur im notwendigen Umfang zu erfolgen. Hierfür hat eine Alternativenprüfung zu erfolgen, u. a. ist hierbei auch die Bodengüte der landwirtschaftlich genutzten Flächen zu beachten.</p> <p>b) Rechtsgrundlage: § 1 Abs. 6 und 7 BauGB, § 1 a Abs. 2 BauGB</p> <p>c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung: Im Rahmen des Planverfahrens muss gemäß § 1a Abs. 2 BauGB eine Alternativenprüfung vorgenommen werden, um wertvolle Landwirtschaftsflächen zu schützen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist im Rahmen der Abwägung und unter Beachtung der vorhandenen Bodengüte anzupassen bzw. zu verkleinern. Es sind nur Flächen von schlechter Bodenqualität (unter 20 Bodenpunkten) einer landwirtschaftlichen Nutzung zu entziehen. Die Abwägungsergebnisse sind in die Begründung zum Bebauungsplan aufzunehmen.</p>	<p>Hintergrund der Klimaschutzziele und der damit verfolgten Treibhausgasneutralität leistet das Vorhaben einen wichtigen Beitrag zur Zielerreichung.</p> <p>Die Betrachtung der Planungsalternativen innerhalb des Gemeindegebiets kam unter Abwägung der betroffenen Belange zu dem Ergebnis, dass der Standort für das Vorhaben besonders geeignet ist. Die Standortwahl in der Gemeinde Schönwald beruht auf harten und weichen Ausschlusskriterien. Dazu gehören unter anderem Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiete, FFH-Gebiete, Bauverbotszonen, Ackerzahlen, Abstände zu Siedlungsbereichen und Abstände zu Wald. Die Ausführungen zur Alternativprüfung sind der Begründung zum Bebauungsplan zu entnehmen.</p> <p>Der überwiegende Teil der von der Planung betroffenen Flächen weisen geringe Boden- und Ackerzahlen auf (durchschnittlich 20). Lediglich vereinzelte Flächen weisen Zahlen von bis zu 48 auf, sodass eine großflächige Beeinträchtigung landwirtschaftlich hochwertiger Flächen ausgeschlossen werden kann.</p> <p>Weiterhin wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans verkleinert. Die ausgeschlossenen Flächen stehen einer</p>	

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		landwirtschaftlichen Nutzung somit weiterhin zur Verfügung.	
130.	<p>10. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts</p> <p>11. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</p> <p>12. Weiter gehende Hinweise</p> <p>Die Planung wird seitens des Sachgebietes Landwirtschaft kritisch gesehen, da die Flächen der Landwirtschaft entzogen werden. Die Flächen des Bebauungsplanes umfassen 115,9 ha und werden derzeit größtenteils als Landwirtschaftsfläche durch die Bäuerliche Produktionsgemeinschaft WARIS GmbH & Co KG und [Name anonymisiert] aktiv bewirtschaftet.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Mit der Verkleinerung des Geltungsbereichs zum Entwurf des Bebauungsplans wurde die im Außenbereich zu überbauende Fläche auf 57 ha reduziert. WARIS GmbH & Co. KG ist über die Planung informiert und hat durch die Unterzeichnung des Vertragsverhältnisses mit der Vorhabenträgerin sein Einverständnis zur Planung und Überplanung der landwirtschaftlichen Flächen gegeben. Eine gesonderte Stellungnahme aus der anderweitige Rückschlüsse gezogen werden könnten, wurde nicht abgegeben. Mit der geänderten Flächenkulisse im Entwurf des Bebauungsplans ist die Erreichbarkeit der Flächen für [Name anonymisiert] uneingeschränkt möglich.</p>	Planzeichnung (Teil A)
131.	<p>Für Solarflächen sind Standorte entlang der Autobahnen laut Gesetzgeber vorrangig zu nutzen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Innerhalb der Gemeinde Schönwald verläuft die Autobahn A13. Eine Prüfung der Flächen entlang dieser hat ergeben, dass diese Nutzungskonflikte mit einer möglichen Freiflächen-Photovoltaikanlage aufweisen. Dies betrifft insbesondere das Vorhandensein von Waldflächen, bestehende</p>	Keine

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Überbauung mit Windkraftanlagen oder die Abstände zu Siedlungsbereichen. <i>Auch die Handreichung zur Standortwahl von Photovoltaikanlagen des Landkreises Dahme-Spreewald kommt zu dem Ergebnis, dass entlang der vom Gesetzgeber genannten Trassen in der Gemeinde Schönwald keine Flächen für Photovoltaikanlage zur Verfügung stehen.</i>	
132.	Die Bodengüte für den Bereich des geplanten Bebauungsplanes liegt zwischen 15 und 48, im Mittel um ca. 25.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der überwiegende Teil der von der Planung betroffenen Flächen weisen geringe Boden- und Ackerzahlen auf (durchschnittlich 20). Lediglich vereinzelte Flächen weisen Zahlen von bis zu 48 auf, sodass eine großflächige Beeinträchtigung landwirtschaftlich hochwertiger Flächen ausgeschlossen werden kann.	Keine
133.	Die Standortwahl für Solarfreiflächenanlagen sollte sich ausschließlich auf versiegelte Flächen und Konversionsflächen orientieren, keinesfalls auf aktiv bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die Nahrungs- und Futtermittelproduktion auf landwirtschaftlichen Flächen sollte nicht durch die Produktion erneuerbarer Energien minimiert werden. Gegebenenfalls können Kompensationsflächen zur landwirtschaftlichen Nutzung gewonnen werden.	Die Stellungnahme wird gefolgt. Die vorliegende Planung dient der Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energiequellen. Vor dem Hintergrund der Klimaschutzziele und der damit verfolgten Treibhausgasneutralität leistet das Vorhaben einen wichtigen Beitrag zur Zielerreichung.	Planzeichnung (Teil A), Begründung (Kapitel 4.9)

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		<p>Die Betrachtung der Planungsalternativen innerhalb des Gemeindegebiets kam unter Abwägung der betroffenen Belange zu dem Ergebnis, dass der Standort für das Vorhaben besonders geeignet ist. Die Ausführungen zur Alternativprüfung sind der Begründung zum Bebauungsplan zu entnehmen.</p> <p>Der überwiegende Teil der von der Planung betroffenen Flächen weisen geringe Boden- und Ackerzahlen auf (durchschnittlich 20). Lediglich vereinzelte Flächen weisen Zahlen von bis zu 48 auf, sodass eine großflächige Beeinträchtigung landwirtschaftlich hochwertiger Flächen ausgeschlossen werden kann.</p> <p>Weiterhin wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans verkleinert. Die ausgeschlossenen Flächen stehen einer landwirtschaftlichen Nutzung somit weiterhin zur Verfügung.</p>	
134.	Im Landkreis Dahme-Spreewald liegt der derzeitige Anteil an der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien am Stromverbrauch bei über 200 %. Die Folge ist, dass Anlagen abgeschaltet werden, weil das Stromangebot die Bedarfe übersteigt und Netzengpässe vorliegen. Ein weiterer Fokus muss daher u. a. auf die Speicherkapazitäten gelegt werden. Solange zu wenig Speicher- bzw. Technologien zur Nutzung des erzeugten Stromes aus erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen, ist ein weiterer Ausbau der	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Mit der vorliegenden Planung wird das Angebot geschaffen, eine Freiflächen-Photovoltaikanlage zu errichten. In der textlichen Festsetzung Nr. 1 „Art der baulichen Nutzung“ wird die Errichtung und Nutzung von Anlagen zur Speicherung des produzierten Stroms ermöglicht. Da es sich einen</p>	Keine

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	erneuerbaren Energien unter Innutzungnahme wertvoller landwirtschaftlicher Nutzflächen wenig zielführend.	Angebotsbebauungsplan handelt, wird nicht festgesetzt, dass Anlagen zur Speicherung des produzierten Stroms zwingend zu errichten sind.	
135.	<p>Entsprechend der "Handreichung zur Standortauswahl von Photovoltaikanlagen" des Landkreises Dahme-Spreewald vom 15. März 2023 soll der Bau von PV-Anlagen auf landwirtschaftlichen Böden möglichst zu vermieden werden. Landwirtschaftliche Flächen stellen die Grundlage für die Eigenversorgung mit landwirtschaftlichen Gütern und damit für die Versorgungssicherheit dar. Der Ukrainekrieg hat gezeigt, wie hoch die Abhängigkeit Deutschlands von Importen im globalisierten Markt ist. Die Wichtigkeit eigener (landwirtschaftlicher) Produktion wurde deutlich. Es sollten vorrangig landwirtschaftliche Flächen mit niedrigen Bodenwertzahlen (< 20) für eine Nutzung durch PV-Anlagen herangezogen werden. Vor allem in Brandenburg ist dies wichtig, da ein Großteil der verfügbaren landwirtschaftlichen Flächen (ca. 80 %) ohnehin als benachteiligt gilt. Zusätzlich sollte auf die Ausgestaltung der Anlagen als Agri-PV Anlage hingewirkt werden, da diese Anlagenform dazu beiträgt, den Verlust landwirtschaftlicher Flächen zu verhindern.</p> <p>https://www.dahme-spreewald.info/de/aktuelles/handreichung-fuer-kommunen-zur-standortauswahl-fuer-photovoltaikanlagen/116274</p>	<p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Bei der Aufstellung von Bauleitplänen hat die Gemeinde die Planungshoheit, die durch das Grundgesetz gesichert ist (vgl. Art. 28 GG). Die Handreichung ist in diesem Zusammenhang lediglich als Leitlinie für die Gemeinde zu verstehen.</p> <p>Die vorliegende Planung dient der Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Vor dem Hintergrund der Klimaschutzziele und der damit verfolgten Treibhausgasneutralität leistet das Vorhaben einen wichtigen Beitrag zur Zielerreichung.</p> <p>Die Betrachtung der Planungsalternativen innerhalb des Gemeindegebiets kam unter Abwägung der betroffenen Belange zu dem Ergebnis, dass der Standort für das Vorhaben besonders geeignet ist. Die Ausführungen zur Alternativprüfung sind der Begründung zum Bebauungsplan zu entnehmen.</p> <p>Der überwiegende Teil der von der Planung betroffenen Flächen weisen geringe Boden- und Ackerzahlen auf</p>	Planzeichnung (Teil A), Begründung (Kapitel 4.9)

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		<p>(durchschnittlich 20). Lediglich vereinzelte Flächen weisen Zahlen von bis zu 48 auf, sodass eine großflächige Beeinträchtigung landwirtschaftlich hochwertiger Flächen ausgeschlossen werden kann.</p> <p>Weiterhin wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans verkleinert. Die ausgeschlossenen Flächen stehen einer landwirtschaftlichen Nutzung somit weiterhin zur Verfügung.</p> <p>Die textliche Festsetzung Nr. 1 „Art der baulichen Nutzung“ schließt eine Ausgestaltung als Agri-PV nicht aus. Da es sich um einen Angebotsbebauungsplan handelt, wird nicht festgesetzt, dass die Anlagen zwingend als Agri-PV zu errichten sind.</p>	
136.	<p>Ordnungsamt gemäß BauGB <u>Untere Jagdbehörde</u> <input type="checkbox"/> Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung <input checked="" type="checkbox"/> Betroffenheit durch die vorgesehene Planung 13. Einwendungen a) Einwendung: Die Entwurfsbegründung sowie die Anlagen berücksichtigen weder die absehbaren Einflüsse auf den Wildbestand noch die bestehenden Jagdnutzungsrechte hinreichend. Diese werden in der Entwurfsbegründung nicht ausgeführt.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Umweltbericht und die Begründung, jeweils zum Entwurf, wurden mit den in der Stellungnahme genannten Informationen ergänzt.</p> <p>Im Umweltbericht erfolgt eine Betrachtung und Bewertung der Auswirkungen auf Wildtierbestände. Infolgedessen sind drei Wildtierkorridore im Plangebiet festgesetzt worden.</p>	<p>Begründung (Kapitel 5.6 Nr. 18), Umweltbericht (Kapitel 3.2.13 und 6)</p>
137.	<p>Voruntersuchungen beziehen sich nicht auf den vorhandenen Bestand etwaiger Wildarten nach dem geltenden</p>	<p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Im Rahmen der frühzeitigen</p>	<p>Begründung (Kapitel 5.6 Nr. 18),</p>

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	<p>Jagdrecht. Eine detaillierte Aufstellung von Vogel- oder anderen Tierarten floss bisher nicht in den Umweltbericht ein. Nicht berücksichtigt werden bezüglich der Jagdnutzung, einschließlich der Hegemaßnahmen, z. B. Einschränkungen der Zuwegungen, der Flächennutzbarkeit und Störeinflüsse. Die betroffenen Jagdausübungsberechtigten wurden weder zu Untersuchungen noch zu geplanten Baumaßnahmen angehört oder informiert, obwohl sie, unabhängig von den Einschränkungen des Nutzungsrechtes, verantwortlich für die Hegepflicht und die Tierseuchenprävention sind. Nicht zuletzt ist die Wildschadensregulierung unter den genannten Bedingungen erschwert, deren Haftung i. d. R. die Jagdausübungsberechtigten privat übernehmen.</p> <p>b) Rechtsgrundlage: § 1 Abs. 6 und 7 BauGB</p>	<p>Beteiligung wurde der Jagdvorsteher der zuständigen Jagdgenossenschaft zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefodert. Es wurde keine Stellungnahme abgegeben. Im Verlauf der Erarbeitung des Entwurfs wurden die vorgesehenen Wildkorridore mit dem zuständigen Personenkreis abgestimmt. Die Ausführungen wurden in die Begründung sowie den Umweltbericht zum Bebauungsplan aufgenommen.</p>	<p>Umweltbericht (Kapitel 3.2.13 und 6)</p>
138.	<p>c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung: Die Belange der Jagd- und des Jagdausübungsrechts sind in der Planung im Rahmen der gebotenen Abwägung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB zu berücksichtigen und darzulegen. Die örtlichen Jagdpächter und die Jagdgenossenschaft Waldow sind als direkt Betroffene der gesamten Fläche der Baumaßnahmen zu informieren. Kontaktdaten können bei der unteren Jagdbehörde des Landkreises erfragt werden.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Ausführungen wurden in die Begründung sowie den Umweltbericht zum Bebauungsplan aufgenommen. Die Kontaktdaten der Betroffenen wurde bei der unteren Jagdbehörde des Landkreises am 16.04.2024 angefragt. Die zur Abgabe einer Stellungnahme aufgeforderte Person hat keine Stellungnahme abgegeben. Im Rahmen der Beteiligung zum Entwurf wird die Jagdgenossenschaft erneut zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.</p>	<p>Begründung (Kapitel 5.6 Nr. 18), Umweltbericht (Kapitel 3.2.13 und 6)</p>
139.	<p>Zu den geplanten Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen sollte es eine Rücksprache mit den örtlichen Jagdausübungsberechtigten und der Jagdgenossenschaft Waldow</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Die von der Planung Betroffenen wurden</p>	<p>Keine</p>

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	geben. Eine Vielzahl von Kompensationsmöglichkeiten, wie vernachlässigte Streuobstwiesen und Brachen, lückige Hecken, unzureichend bestockte Waldrandbereiche (Aus-trocknung des Waldbestandes), geringe Baumartenvielfalt, keine Blühstreifen, wenige Nistmöglichkeiten (zu geringer Altholzanteil) usw., gibt es in dieser Gemarkung. Aus jagd-fachlicher Sicht wird i. S. der örtlich betroffenen Arten, ins-besondere hinsichtlich der jagdrechtlichen Hegepflicht zum Schutz und zur Erhaltung gesunder Wildbestände und derer Lebensräume, eine stärkere Berücksichtigung der betroffe-nen Habitate und Arten vor Ort erwartet.	gesondert zum Vorentwurf beteiligt und werden zum Entwurf erneut beteiligt.	
140.	Durch Aussagen der örtlichen Bevölkerung und der ansässigen Jagausübungsberechtigten konnte festgestellt wer-den, dass die Planflächen im Herbst/Winter 2023 wie auch schon in den vergangenen Jahren durchaus von Zug- und Rastvögeln genutzt wurden, was im Umweltbericht eine entsprechende Berücksichtigung finden muss. Der Jagdbe-rater und der Vertreter für Naturschutz im Jagdbeirat wurde diesbezüglich von der unteren Jagdbehörde angehört.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der vorgenommene Kartierungsrahmen wurde mit der unteren Naturschutzbe-hörde abgestimmt. Die Erforderlichkeit der Kartierung von Zug- und Rastvögeln konnte dabei ausgeschlossen werden, da die Flächen für diese Arten von ge-ringer Bedeutung sind.	Artenschutzfachbei-trag, Umweltbericht (Kapitel 3.1.1)
141.	14. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts 15. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen 16. Weiter gehende Hinweise Aus Sicht der unteren Jagdbehörde gibt es Bedenken zum Vorentwurf des Bebauungsplans, da die betroffenen Jagd-flächen (im gemeinschaftlichen Jagdbezirk Waldow) so-wohl durch die Voruntersuchungen der Flächen als auch durch die nicht unerhebliche Bauzeit und folgenden War-tungstätigkeiten, sowie durch die Umzäunung der Flächen und der Anlage selbst, erheblich von den Maßnahmen be-troffen sind bzw. sein werden. Durch den Neubau, Rückbau	Der Stellungnahme wird gefolgt. Zwi-schen dem SO 3 und 4 (vormals SO Photovoltaik 2) wurde ein weiterer Wild-tierkorridor errichtet sowie der Korridor zwischen dem SO 2 und 3 (vormals SO 1) verbreitert. Dies ermöglicht Wildtieren ein Durchqueren des Plangebiets wäh-rend des Neubaus, Rückbaus und War-tungen der Anlagen.	Planzeichnung (Teil A), Umweltbericht (Kapitel 3.2.13 und 6)

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	und Wartungen von durch den Bebauungsplan ermöglichen baulichen Anlagen wird es neue bzw. veränderte Einflüsse auf den Wildbestand, das Jagdrecht bzw. Jagdausübungsrecht geben.		
142.	Untere Denkmalschutzbehörde Bau- und Bodendenkmalschutz [X] Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
143.	Kataster- und Vermessungsamt [X] Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise Der vorgesehene Katastervermerk entspricht nicht mehr der gültigen Vorschriftenlage. Entsprechend Punkt 4.4 der "Verwaltungsvorschrift zur Herstellung von Planunterlagen für Bauleitpläne und Satzungen nach § 34 Absatz 4 und § 35 Absatz 6 des Baugesetzbuches" (Planunterlagen VV) vom 16. April 2018 (ABl. für Brandenburg 17 /2018 S. 389 ff.) sind die Worte "einwandfrei" durch „eindeutig“ zu ersetzen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Katastervermerk auf der Planzeichnung wurde im Entwurf des Bebauungsplans der „Verwaltungsvorschrift zur Herstellung von Planunterlagen für Bauleitpläne und Satzungen nach § 34 Absatz 4 und § 35 Absatz 6 des Baugesetzbuches“ angepasst.	Planzeichnung (Verfahrensvermerk)
144.	Bauleit- und strategische Planung gemäß BauGB, BauNVO [X] Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise Entsprechend der textlichen Festsetzung Nr. 1 sind in den Baugebieten Stellplätze und Garagen unzulässig. Der Bebauungsplan muss durch textliche Festsetzung den durch ihn hervorgerufenen erforderlichen ruhenden Verkehr regeln. Eine Mindestanzahl von erforderlichen Stellplätzen ist festzusetzen.	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Aus der Erfahrung heraus werden in Freiflächen-Photovoltaikanlagen keine gesonderten Stellplätze oder Garagen errichtet, da die PKW zu Service- und Wartungszwecken direkt zu den jeweiligen Reihen bzw. Nebenanlagen fahren und auf den internen Wegen der Anlage halten. Die Festsetzung von Stellplätzen im Allgemeinen sowie einer Mindestanzahl ist somit nicht erforderlich.	Keine
145.	Bei Einfriedungen handelt es sich grundsätzlich um der Hauptanlage dienende Nebenanlagen. Nebenanlagen	Der Stellungnahme wird gefolgt. Mit der Festsetzung wird das Ziel verfolgt, im	Planzeichnung (Teil B),

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	gemäß § 14 BauNVO sind entsprechend der textlichen Festsetzung Nr. 1 nur innerhalb der Baugrenzen und nur als erforderliche technische Anlagen zu den Photovoltaikmodulen zulässig. Dem widersprechend wird in der textlichen Festsetzung Nr. 3 eine Regelung getroffen, dass Einfriedungen auch außerhalb der Baugrenzen zulässig sind. Nicht verständlich ist, dass eine Einfriedung nur für die Sondergebiete Photovoltaik zulässig ist. Heißt das, dass nur die Baugebiete eingezäunt werden dürfen?	Geltungsbereich des Bebauungsplans lediglich die Baugebiete einzuzäunen. So bleiben Grünflächen für Tiere zugänglich. Die textliche Festsetzung zur Art der baulichen Nutzung wurde dahingehend ergänzt, dass die ausschließliche Bebaubarkeit innerhalb der Baugrenzen nicht für Einfriedungen gilt.	Begründung (Kapitel 5.2.1 Nr. 5 und 6, 5.3 Nr. 9)
146.	Die Höhe der Oberkante baulicher Anlagen ist im SO-Photovoltaik mit max. 4,00 m über einem geregelten Höhenbezugspunkt festgesetzt. Da in der Planzeichnung keine Höhenangaben für das vorhandene Gelände dargestellt sind, ist eine städtebauliche Einschätzung der tatsächlich zu erwartenden Höhe der baulichen Anlagen nicht möglich. In der Begründung sollten hierzu ergänzende Informationen aufgenommen werden.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Ausführungen zur topografischen Ausgangslage wurden zur besseren Nachvollziehbarkeit in der Begründung zum Entwurf ergänzt. Die Planzeichnung zum Entwurf wurde um vermessene Höhen ergänzt.	Planzeichnung (Teil A), Begründung (Kapitel 5.2.1 Nr. 6)
147.	In der Planzeichenerklärung fehlt die farbliche Darstellung des sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung "Photovoltaik".	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die farbige Darstellung des Sondergebietes Photovoltaik in der Planzeichenerklärung wurde im Entwurf ergänzt.	Planzeichnung (Teil A)
148.	Die im südwestlichen Bereich des Bebauungsplanes verlaufende Erdgastrasse EUGAL einschließlich des EUGAL-ROV-Korridors ist gemäß § 9 Abs. 6 BauGB nachrichtlich in den Bebauungsplan aufzunehmen.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Geltungsbereich des Entwurfes wurde angepasst, sodass die Leitungen außerhalb des Geltungsbereichs verlaufen. Der Verlauf der Leitung wurde zur Vollständigkeit in die Planzeichnung aufgenommen.	Planzeichnung (Teil A)
149.	Aufgrund der, mit der Stellungnahme der unteren Wasserbehörde benannten städtebaulichen Bedeutsamkeit des	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Kabelgraben wurde zeichnerisch in der Planzeichnung dargestellt.	Planzeichnung (Teil A)

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Kabelgrabens als Gewässer II. Ordnung, ist dieser in der Planzeichnung darzustellen.		
150.	Die Anbindung der festgesetzten privaten Verkehrsflächen an die öffentlichen Verkehrsflächen einschließlich deren Bezeichnung sind in die Planunterlage aufzunehmen, um so die gesicherte Erschließung des Plangebietes darzustellen. Die Anbindung des Plangebietes an die öffentlichen Verkehrsflächen sind ggf. über einen städtebaulichen Vertrag zu sichern.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Erschließung wird über einen städtebaulichen Erschließungsvertrag zwischen der Vorhabenträgerin und der Gemeinde rechtlich abgesichert. Die Erschließung soll ab dem Geltungsbereich über gemeindliche Wege nach Norden zur L711 erfolgen. Zur besseren Nachvollziehbarkeit wurde dem Bebauungsplan eine Anlage mit Darstellung der übergeordneten Erschließung hinzugefügt und die Ausführungen in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.	Begründung (Kapitel 4.2 Nr. 5), Anlage Karte Erschließung
151.	Bei der Abgrenzung des Plangebietes für einen aufzustellenden Bebauungsplan sind die Geltungsbereiche angrenzender Bebauungspläne zu berücksichtigen. Es trägt zur Erleichterung des Verständnisses bei, wenn deren Bezeichnungen (und ggf. auch Abgrenzungen) auf der Planzeichnung eingetragen sind. Der Bebauungsplanvorentwurf überlagert in Teilen den Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes "Spreewaldring Training Center Waldow". Eine Überlagerung ist möglich, wenn der Inhalt des alten Bebauungsplanes durch die Festsetzungen des neuen Bebauungsplanes auf den Überlagerungsflächen ersetzt werden soll. In diesen Fällen bedarf es einer klarstellenden Festsetzung zum Außer-Kraft-Treten der bisherigen Festsetzungen, die konkret oder	Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Mit der Verkleinerung des Geltungsbereichs besteht keine Überlagerung des gegenständlichen Bebauungsplans mit dem rechtskräftigen Bebauungsplan Spreewaldring Training Center Waldow" mehr. Die räumliche Beziehung beider Bebauungspläne wurde kartografisch in der Begründung zum Bebauungsplan dargestellt.	Begründung (Kapitel 3.3 Nr. 5)

18 Landkreis Dahme-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	allgemein gefasst sein kann. Eine entsprechende Festsetzung ist ergänzend aufzunehmen.		
152.	Das städtebauliche Erfordernis der farblichen Einschränkung der Einfriedung (textliche Festsetzung Nr. 5) ist in der Begründung im Rahmen der gebotenen Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB zu erläutern.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Festsetzung zur farblichen Einschränkung der Einfriedung wurde aufgrund des fehlenden städtebaulichen Erfordernisses entfernt.	Planzeichnung (Teil B), Begründung (Kapitel
153.	Die zitierten Rechtsgrundlagen sind vor Satzungsbeschluss zu aktualisieren (BauGB, BbgBO).	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Rechtsgrundlagen wurden in den Unterlagen aktualisiert.	Planzeichnung (Rechtsgrundlagen), Begründung (Kapitel 12
154.	Gemäß § 9 Abs. 6 BauGB sind alle im Plangebiet zu beachtenden städtebaulichen Satzungen nachrichtlich in den Bebauungsplan zu übernehmen, soweit sie zum Verständnis des Bebauungsplanes oder für die städtebauliche Beurteilung von Baugesuchen notwendig oder zweckmäßig sind (z. B. Baumschutzsatzung).	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die zu beachtenden städtebaulichen Satzungen wurden in den Entwurf nachrichtlich übernommen. Dies betrifft die Baumschutzsatzung des Landkreises Dahme-Spreewald sowie des Amtes Unterspreewald und die Werbeanlagen-satzung des Amtes Unterspreewald.	Begründung (Kapitel 3.4 Nr. 6)
155.	Eine Kopie der Stellungnahme erhält das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Referat GL 5, in Potsdam.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

19 Lausitzer Wasser GmbH & Co. KG		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
156.	im Bereich Ihres geplanten Vorhabens verlaufen keine Ver- und Entsorgungsleitungen in unserem Verantwortungs- bereich. Wir stellen daher keine Anforderungen an die Bauausführung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

20 Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
157.	der vorhandene Leitungsbestand wurde für den gekennzeichneten Bereich als Bestandsunterlage der envia Mitteldeutsche Energie AG beigefügt.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Leitungsbestand wurde mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht (G/F/L2) zugunsten der Mitteldeutschen Netzgesellschaft Strom mbH in den Bebauungsplan aufgenommen.	Planzeichnung (Teil A), Begründung (Kapitel 5.4 Nr. 13)
158.	Arbeiten in der Nähe von Kabelanlagen sind nach den geltenden technischen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften sowie den anerkannten Regeln der Technik auszuführen.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Hinweis wurde in die Begründung aufgenommen und ist zu berücksichtigen.	Begründung (Kapitel 2.4)
159.	Bei Flächen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen ist zu beachten, dass Kabeltrassen nicht überbaut werden dürfen.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Hinweis wurde in die Begründung aufgenommen und ist zu berücksichtigen.	Begründung (Kapitel 2.4)
160.	Auf den gemäß BauGB § 9 Absatz 1 Ziffern 12, 13 und 21 im Bebauungsplan festgeschriebenen Flächen dürfen Bauwerke nicht errichtet, die Versorgungsanlagen durch Bäume, Sträucher sowie Arbeiten jeglicher Art nicht gefährdet und Bau-, Betrieb- und Instandhaltungsarbeiten (einschl. der Arbeitsfahrzeuge) nicht behindert werden.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Mit dem festgesetzten Geh-, Fahr- und Leitungsrechts wurde eine Bebauung der Leitungsrechtfläche durch Dritte als unzulässig erklärt. Eine Behinderung und Gefährdung der Versorgungsanlagen sowie von Instandhaltungsarbeiten wurde durch ausreichend dimensionierte Abstände zwischen den Leitungen und Baugrenzen sowie Flächen für Pflanzmaßnahmen in der weiteren Planung ausgeschlossen.	Planzeichnung (Teil A+B), Begründung (Kapitel 5.4 Nr. 13)
161.	Bauliche Veränderungen und Pflanzmaßnahmen bitten wir gesondert bei der Mitteldeutschen Netzgesellschaft Strom mbH zur Stellungnahme einzureichen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

20 Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
162.	Die Festlegung des technisch und wirtschaftlich günstigsten Netzanschlusspunktes muss durch eine Netzverträglichkeitsprüfung erfolgen. Diese ist gesondert durch den Erichter/Betreiber der Solaranlagen unter Angabe der elektrotechnisch relevanten Daten über unser Einspeiser@mitnetz-strom.de zu beantragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
163.	Die notwendige Kabelverlegung zum Anschluss der Solaranlagen zum Netzanschlusspunkt ist nicht Bestandteil dieser Stellungnahme. Diese sind ebenfalls zur Stellungnahme/Genehmigung einzureichen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
164.	Sollten lagebedingt Änderungen der Leitungen/Anlagen notwendig werden, so richtet sich die Kostentragung nach den bestehenden Verträgen bzw. sonstigen Regelungen. Ein entsprechender Auftrag ist durch den Verursacher der Mitteldeutschen Netzgesellschaft Strom mbH, Annahofer Graben 1-3 in 03099 Kolkwitz, vorzugsweise an Leistungskunden@mitnetz-strom.de zu erteilen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
165.	Fragen, Hinweise und Widersprüche zu dieser Stellungnahme senden Sie bitte grundsätzlich an folgende Anschrift: Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Annahofer Graben 1-3 in 03099 Kolkwitz, vorzugsweise an das Postfach TOEB-Brandenburg@mitnetz-strom.de . Dieses Schreiben hat eine Gültigkeitsdauer von 2 Jahren.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

22 Polizeipräsident des Landes Brandenburg		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
166.	Aus verkehrsorganisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

23 PRIMAGAS Energie GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
167.	<p>hiermit teilen wir Ihnen mit, dass durch das oben genannte Vorhaben keine Flüssiggas-Versorgungsleitungen im öffentlichen Bereich der PRIMAGAS Energie GmbH berührt werden.</p> <p>Sollte sich ein Flüssiggasbehälter auf dem angefragten Grundstück befinden, so wenden Sie sich bitte an den Eigentümer des angefragten Grundstückes.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

24 Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
168.	<p>die Regionalen Planungsgemeinschaften sind nach dem „Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) vom 8. Februar 2012 (GVBl. 1 Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2021 (GVBl. 1 Nr. 19)“ Träger der Regionalplanung.</p> <p>Für die Stellungnahme gelten die folgenden Grundlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sachlicher Teilregionalplan II „Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“, veröffentlicht am 26. August 1998 im Amtlichen Anzeiger für Brandenburg Nr. 33 • Aufstellungsbeschluss des integrierten Regionalplanes der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald vom 20. 11.2014 • Sachlicher Teilregionalplan „Grundfunktionale Schwerpunkte“, bekanntgemacht am 22. Dezember 2021 im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 50 • Entwurf des sachlichen Teilregionalplanes „Windenergienutzung“, gebilligt am 14.09.2023 	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

24 Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
169.	<p>[X] <i>Einwendungen mit Berücksichtigungspflicht auf Grundlage von Regionalplanentwürfen, eigenen Entwicklungskonzepten und informellen Planungen</i></p> <p>Die Regionalplanung erarbeitet gegenwärtig ein Planungskonzept für die beabsichtigte Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für Photovoltaik-Freiflächenanlagen im integrierten Regionalplan. Basis ist eine Potenzialkarte, wo wesentliche Tabu-, Restriktions- und Gunstfaktoren für Photovoltaik-Freiflächenanlagen entsprechend verschiedenen Handlungsempfehlungen dargestellt sind.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass auf dieser Potenzialkarte der überwiegende Teil des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (rote Umrisslinie) mit einer Bodenzahl > 25 (in der Karte orange) dargestellt ist, diese Qualität zählt damit nach derzeitigem Stand unseres Planungskonzeptes nicht zur Flächenkulisse, die für ein Vorbehaltsgebiet für Photovoltaik-Freiflächenanlagen in Frage kommt.</p> <p>Vor allem der mittlere Teilbereich des Bebauungsplanes umfasst Böden mit einer Ackerzahl über 45 (der Durchschnittswert in der Region beträgt 31, 1). Im Rahmen der Erarbeitung des integrierten Regionalplanes erfolgt die Ausweisung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft. Gegenwärtig liegt die Flächenkulisse aller Positivkriterien für die Ausweisung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft vor. Aufgrund der hohen Bodengüte ist der gesamte mittlere Teilbereich des Bebauungsplanes Bestandteil dieser Kulisse.</p>	<p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Der Entwurf des Integrierten Regionalplans befindet sich derzeit in der Erarbeitung, sodass sich daraus keine verbindlichen Bestimmungen ableiten lassen.</p> <p>Prinzipiell ist eine planungsrechtliche Zulässigkeit von Freiflächenphotovoltaikanlagen jedoch auch außerhalb von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik gegeben.</p> <p>Die Betrachtung der Planungsalternativen innerhalb des Gemeindegebiets kam unter Abwägung der betroffenen Belange zu dem Ergebnis, dass der Standort für das Vorhaben besonders geeignet ist.</p> <p>Der überwiegende Teil der von der Planung betroffenen Flächen weisen geringe Boden- und Ackerzahlen auf (durchschnittlich 20). Lediglich vereinzelte Flächen weisen Zahlen von bis zu 48 auf, sodass eine großflächige Beeinträchtigung landwirtschaftlich hochwertiger Flächen ausgeschlossen werden kann.</p> <p>Weiterhin wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans verkleinert. Die ausgeschlossenen Flächen stehen einer</p>	Planzeichnung (Teil A)

24 Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		landwirtschaftlichen Nutzung somit weiterhin zur Verfügung.	
170.	Um die Raumverträglichkeit des Projektes zu erhöhen, sollten die Dimensionen der Querungshilfen geprüft werden. Eine Unterbrechung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes in seiner Maximalausdehnung von ca. 2.000 m lediglich durch die vorhandenen Feldwege wird als nicht ausreichend eingeschätzt.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Zwischen dem SO 3 und 4 (vormals SO 2) wurde ein weiterer Wildtierkorridor ergänzt und in die Planzeichnung aufgenommen. Der Wildkorridor zwischen dem SO 2 und 3 (vormals SO 1) wurde verbreitert. Weiterhin wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans verkleinert. Sodass es zu einer Verbesserung der Querungsbedingungen kommt.	Planzeichnung (Teil A)

25 Saferay operations GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
171.	die infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH wird von der saferay Gruppe beauftragt, Auskunftersuchen zu bearbeiten und handelt namens und in Vollmacht der saferay Gruppe. In dem o. g. Bereich liegen zurzeit keine Leitungen der saferay Gruppe. Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu empfehlen wir Ihnen gesonderte Auskünfte unter Nutzung von www.infrest.de einzuholen. Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der saferay Gruppe vorzulegen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

25 Saferay operations GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	Für technische Rückfragen steht Ihnen Herr Böhm von der saferay operations GmbH gerne unter der Telefonnummer +49 (0)173 3233714 zur Verfügung.		

27 Stadt- und Überlandwerke GmbH Luckau-Lübbenau		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
172.	im Plangebiet sind keine Leitungen der Stadt- und Überlandwerke GmbH Luckau-Lübbenau vorhanden. Bitte beachten Sie, dass sich im Baubereich Anlagen anderer Medienträger befinden können.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

29 Tyczka Energy GmbH		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
173.	die Tyczka Energy GmbH betreibt in der Bundesrepublik Deutschland Gasnetze im öffentlichen und privaten (nicht öffentlichen) Raum. Im markierten Bereich Ihrer Anfrage liegen keine Gasversorgungsleitungen der Tyczka Energy GmbH im öffentlichen Raum. Die Leitungsauskunft hat eine Gültigkeit von 3 Monaten ab Ausstellungstag. Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder sich der Ausführungszeitraum über die 3 Monate hinaus verschieben, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft vorzulegen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

30 Wasser- und Bodenverband „Nördlicher Spreewald“		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
174.	<p>nach Durchsicht Ihrer eingereichten Unterlagen vom 11.01.2024 teilen wir Ihnen Folgendes mit: In dem betreffenden Bereich existieren folgende Gewässer II. Ordnung (siehe Anlage):</p> <ul style="list-style-type: none"> • A 33 - Kabelgraben • S A33-1 - Stichgraben Waldow / B. • L 013 - Goschokgraben / Waldow • S 013-1 - Stichgraben Waldow / B. • L 014 - Werftgraben / Waldow • L 015 - H -Graben 1 / Waldow <p>Innerhalb des Planungsgebietes sind unserem Wasser- und Bodenverband keine weiteren Gewässer und Drainageleitungen bekannt. Für den Fall, dass Gewässer und Drainageleitungen von der geplanten Maßnahme gekreuzt bzw. tangiert werden, welche nicht in unserem Gewässerkataster erfasst sind, ist dies dem Wasser- und Bodenverband „Nördlicher Spreewald“ anzuzeigen und das weitere Vorgehen abzustimmen.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Verlauf des Kabelgrabens wurde in zeichnerischen Darstellungen des B-Plans aufgenommen. Alle anderen Gräben befinden sich außerhalb des geänderten Geltungsbereichs. Die Hinweise der Stellungnahme sind im Rahmen des nachgeordneten Genehmigungsverfahrens zu beachten und haben keine Auswirkungen auf den Entwurf des Bebauungsplans.</p>	Planzeichnung (Teil A)
175.	Nach derzeitigem Kenntnisstand sind vom Wasser- und Bodenverband „Nördlicher Spreewald“ keine Maßnahmen geplant, die das von Ihnen geplante Vorhaben beeinträchtigen könnten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
176.	<p>Es bestehen von Seiten unseres Verbandes im Allgemeinen keine Einwände gegen das o. g. Vorhaben, wenn Folgendes beachtet wird:</p> <p>Bei der Überfahung von Gewässern/Durchlassbauwerken sind grundsätzlich nachfolgend aufgeführte Forderungen zu beachten:</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. In der Begründung wurde auf die im nachgeordneten Genehmigungsverfahren einzuhaltenden Forderungen des WBV hingewiesen.</p>	Begründung (Kapitel 2.10 Nr. 20)

30 Wasser- und Bodenverband „Nördlicher Spreewald“		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	<ul style="list-style-type: none"> • Dem WBV sind aussagekräftige Unterlagen zur Querung der Gräben im Planungsprozess zur Abstimmung und Zustimmung übergeben: <ul style="list-style-type: none"> • Baubeschreibung mit technischen Angaben, • Zeichnerische Darlegung der Maßnahme (Lageplan, Detailpläne etc.), • Statische und konstruktive Prüfung und Planung der Transportwege inkl. Nachweisführung der zu überfahrenden Bauteile (Nachweis des Lasteintrages durch eingesetzte Fahrzeuge). 		
177.	<p>Bei der Durchörterung von Gewässern sind grundsätzlich nachfolgend aufgeführte Forderungen zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Scheitel des Schutzrohres der Gewässerquerung muss mindestens 1,50 m unter fester Graben- bzw. Rohrsohle liegen. • Im Abstand von jeweils 5 m zur Böschungsoberkante ist die normale Verlegetiefe zu erreichen. Es sind Markierungsschilder aufzustellen. Die Markierung hat so zu erfolgen, dass sie trotz ca. 0,60 m hohem Bewuchs sichtbar ist. Ein Vorschlag unsererseits wäre, ein mindestens 1 m hohes Schild, welches an die Hinweiszeichen der Binnenschiff-fahrtsstraßen-Ordnung angelehnt ist (schwarzes „D“ auf weißem Grund mit quadratischem schwarzem Rahmen) anzubringen. Selbiges gilt für Gewässer, die von der geplanten Maßnahme gekreuzt bzw. tangiert werden, welche nicht aus den uns vorliegenden Plänen ersichtlich waren. 	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung erfolgt Rahmen des nachgeordneten Genehmigungsverfahrens und hat keine Auswirkungen auf den Entwurf des Bebauungsplans.</p>	Keine
178.	<p>Sollten bei den vorgesehenen Arbeiten (auch bei Demontagarbeiten) wider Erwarten Schäden an Gewässern entstehen, sind diese im Zuge Ihrer Maßnahme mitzubeseitigen. Eine Erreichbarkeit der Gewässer muss jederzeit</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Der vorliegende Bebauungsplan wird im Rahmen der Beteiligung zum Entwurf</p>	Keine

30 Wasser- und Bodenverband „Nördlicher Spreewald“		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	gewährleistet sein, um die Gewässerunterhaltung (u. a. Krautung, Beseitigung von Windbruch, Bedienung von wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie die Reinigung von Durchlässen und Stauanlagen) jederzeit zu ermöglichen. Der geplante Bebauungsplan ist mit uns dringend abzustimmen.	mit dem Wasser- und Bodenverband abgestimmt.	
179.	Um eine ordnungsgemäße Gewässerunterhaltung zu gewährleisten, wird an Gewässern ein beidseitiger Gewässerstrandstreifen von 5 m benötigt. Wird dieser Abstand zur Böschungsoberkante nicht eingehalten, liegt eine Erschwerung der Gewässerunterhaltung vor.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Zur Gewährleistung der Gewässerunterhaltung wird gemessen ab der Böschungsoberkante ein Schutzstreifen von 5 m mittels eines Geh-, Fahr- und Leitungsrechts (G/F/L1) freigehalten.	Planzeichnung (Teil A+B), Begründung (Kapitel 5.4 Nr. 13)
180.	In diesem Zusammenhang weisen wir Sie darauf hin, dass der Verursacher von Erschwerungen, die bei der Unterhaltung von Gewässern II. Ordnung, z. 8. Durch Bauwerke entstehen, auf der Grundlage des § 80 Abs. 1 und § 85 des BbgWG und des § 34 der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes „Nördlicher Spreewald“ zur Erstattung der entstehenden Mehrkosten herangezogen werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
181.	In Verbindung mit der Planung sind die Paragraphen § 36 WHG und § 87 BbgWG zu beachten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
182.	Der Baubeginn der Maßnahme ist dem Wasser- und Bodenverband „Nördlicher Spreewald“ anzuzeigen. Nach Abschluss der Arbeiten ist mit dem Wasser- und Bodenverband „Nördlicher Spreewald“ eine Abnahme anzusetzen und es sind aussagekräftige Bestandsunterlagen (Bestands- und Lagepläne) zu übergeben.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Ausführungen wurden in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.	Begründung (Kapitel 2.10 Nr. 20)
183.	Diese Stellungnahme entbindet Sie nicht von der Einholung einer Wasserrechtlichen Genehmigung bei der zuständigen Unteren Wasserbehörde des Landkreises Dahme-Spreewald	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine

30 Wasser- und Bodenverband „Nördlicher Spreewald“		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	sowie der Einholung der notwendigen Sehachtsteine aller Versorgungsträger. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.		

Beteiligung der Öffentlichkeit

32 Person 1		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
184.	wir möchten hiermit nochmals unseren Widerspruch gegen die öffentliche Bekanntmachung (Beschlussnummer: 63-2023) zum Ausdruck bringen, die am 01.12.2023 im Mitteilungsblatt/ Unterspreewaldjournal Nr. 12 publiziert wurde. Grundsätzlich ist vorwegzunehmen, dass wir gegen den Bau einer solch immensen Solaranlage in unmittelbarer Ortsnähe sind. Sollte der Bau jedoch unvermeidbar sein, ist es von größter Bedeutung, den optimalen Konsens für alle Beteiligten zu erzielen.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Mit der Informationsveranstaltung am 05.04.2024 wurde seitens der Vorhabenträgerin nochmal die Möglichkeit gegeben, sich über die Planung zu informieren sowie Meinungen und Ansichten zu äußern. Die Veranstaltung wurde ebenfalls dazu genutzt mit den Betroffenen in direkten Austausch zu treten, Fragen zu klären und Anregungen aufzunehmen. Die geäußerten Anregungen, Hinweise und Bedenken sind in die Erarbeitung des Entwurfs eingeflossen und wurden berücksichtigt. Als Folge dieser Veranstaltung wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans verkleinert und dadurch der Abstand zwischen den Modulen und dem Ort auf 680 m vergrößert.	Planzeichnung (Teil A)
185.	Unsere Bedenken beziehen sich auf folgende Punkte: • Die Entfernung zum Ort (Lindenstraße bzw. Scheunenweg) sollte maximal ausgedehnt werden (gemäß dem Treffen am 05.12.2023 mit Herrn Bartz sollte dies kein Problem darstellen)	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Abstand zwischen den Solarmodulen und der ersten Wohnbebauung im Ortsteil Waldow (Lindenstraße/ Gartenweg) wurde auf 680 bzw. 790 m vergrößert.	Planzeichnung (Teil A)
186.	• Die Fläche des Solarparks von gut 100 ha muss unbedingt verkleinert werden, da diese Größe unverhältnismäßig ist, der Ortskern umfasst gerade mal 50ha!	Der Stellungnahme wird gefolgt. Durch die Verkleinerung des Geltungsbereichs verringert sich die durch die Solaranlage genutzte Fläche von 102,6 auf 57,4 ha.	Planzeichnung (Teil A)

32 Person 1		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
187.	<ul style="list-style-type: none"> Die immergrünen Sichtschutzhecken, die den Solarpark zum Ort hin abschirmen sollen, müssen während der gesamten Nutzungsdauer gepflegt und bewässert werden. Sollte dies nicht berücksichtigt werden, ist ein angemessenes Wachstum in dieser Region nicht gewährleistet. 	Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Die Pflege der geplanten Pflanzungen im Geltungsbereich wird durch Nutzungsverträge mit ortsansässigen Firmen geregelt. Dies kann jedoch nicht Bestandteil eines Bebauungsplans werden und wird in einem städtebaulichen Vertrag zu geregelt.	Keine
188.	Unsere bewusste Entscheidung, auf dem Land zu leben, sollte endlich anerkannt und nicht weiter durch Einrichtungen wie den Solarpark, die Windräder und die angrenzende Rennstrecke negativ beeinflusst werden. Die Verhältnismäßigkeit sollte gewahrt bleiben und eventuelle Erträge dürfen nicht über unser Wohlbefinden gestellt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Solarpark an dieser Stelle kann mit geeigneten Maßnahmen auch positive Effekte wie Schutz gegen Winderosionen durch trockene sandige Böden hervorbringen. Durch die Umsetzung dieser und weiterer Maßnahmen werden die Belange der Öffentlichkeit (Anwohner:innen) berücksichtigt, sodass das Wohlbefinden der Öffentlichkeit bewahrt wird. Die Planung ist zudem auch eine Investition in die Zukunft und unterstützt die Energiewende in dem Vorhaben von den fossilen Energieträgern abzuweichen und den nächsten Generationen ein lebenswürdiges Umfeld zu hinterlassen.	Keine
189.	Wir bitten Sie, unsere Bedenken/ Ängste zu berücksichtigen und die notwendigen Maßnahmen zur Überprüfung und gegebenenfalls Änderung der genannten Bekanntmachung zu ergreifen. Wir sehen Ihrer baldigen Rückmeldung entgegen.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Bedenken, Hinweise und Anregungen der Stellungnahme wurden in die Erarbeitung des Entwurfs einbezogen. Der angepasste Entwurf des Bebauungsplans wird erneut, nach erfolgter	Planzeichnung, Begründung, Umweltbericht

32 Person 1		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Bekanntmachung im Amtsblatt, öffentlich ausgelegt. Die Mitteilung über das Ergebnis der Abwägung erfolgt im Rahmen des Aufstellungsverfahrens des Bebauungsplans „Solarpark Waldow-Schönwald“ (ehemals „Solarpark Spreewaldring“).	

33 Personengruppe		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
190.	<p>hiermit erheben wir form- und fristgerecht Einwendungen und Bedenken sowie Widerspruch gegen den Vorentwurf der 4. Änderung des Flächennutzungsplans und zum Bebauungsplan „Solarpark Spreewaldring“ in der Gemeinde Schönwald, Ortsteil (OT) Waldow/Brand im Parallelverfahren.</p> <p>Die Mehrheit der Einwohner des OT Waldow/Brand sind gegen die Errichtung eines Solarparks im OT Waldow/Brand („Solarpark Spreewaldring“). Hierzu liegt eine Unterschriftensammlung vor, die diesem Schreiben beigelegt ist. In dieser haben sich 149 Einwohner des OT Waldow/Brand sowie 19 Einwohner des OT Schönwalde und 10 Einwohner aus der Region gegen die Errichtung eines Solarparks im OT Waldow/Brand („Solarpark Spreewaldring“) ausgesprochen.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Bedenken, Hinweise und Anregungen der Stellungnahme wurden in die Erarbeitung des Entwurfs einbezogen. Der angepasste Entwurf des Bebauungsplans wird erneut, nach erfolgter Bekanntmachung im Amtsblatt, öffentlich ausgelegt. Die Mitteilung über das Ergebnis der Abwägung erfolgt im Rahmen des Aufstellungsverfahrens des Bebauungsplans „Solarpark Waldow-Schönwald“ (ehemals „Solarpark Spreewaldring“).</p> <p>Es handelt sich jedoch im weiteren Planverlauf nicht mehr um die 4. Änderung des FNP, sondern um die 2. Änderung des FNP der ehemaligen Gemeinde Waldow/Brand (heute OT der Gemeinde Schönwald).</p>	Planzeichnung, Begründung, Umweltbericht

33 Personengruppe		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
191.	<p>Gemäß der Handreichung zur Standortwahl Photovoltaik des Landkreises Dahme-Spreewald vom 15. März 2023 heißt es:</p> <p>„Rein rechnerisch lag der Anteil der Stromerzeugung EE am Stromverbrauch im LDS 2019 bei über 200% (vgl. Energieagentur BB). Bereits jetzt werden zu Spitzenzeiten der Produktion von EE (Sonne + Wind) einzelne Anlagen abgeregelt, da das Stromangebot den Bedarf zu diesen Zeiten übersteigt bzw. Netzengpässe vorliegen, so dass der erzeugte Strom nicht an die Verbrauchsorte geleitet werden. Vergütet wird der Strom der abgeregelten Anlagen aufgrund des Einspeisevorrangs EE dennoch und durch die zu erhebenden Netzentgelte bezahlt. Solange keine entsprechenden Speicher- bzw. Technologien zur weiteren Nutzung des erzeugten Stromes aus EE zur Verfügung stehen und die Verteil-/Übertragungsnetze nicht ausreichend ausgebaut werden, ist ein ungezügelter Ausbau von EE wenig zielführend und verstärkt die politischen Konflikte um den Ausbau dieser Anlagen.“</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Bei der Aufstellung von Bauleitplänen hat die Gemeinde die Planungshoheit, die durch das Grundgesetz gesichert ist (vgl. Art. 28 GG). Die Handreichung ist in diesem Zusammenhang lediglich als Leitlinie für die Gemeinde zu verstehen.</p> <p>Mit der vorliegenden Planung wird das Angebot geschaffen, eine Freiflächen-Photovoltaikanlage zu errichten. In der textlichen Festsetzung Nr. 1 „Art der baulichen Nutzung“ wird die Errichtung und Nutzung von Anlagen zur Speicherung des produzierten Stroms ermöglicht. Da es sich um einen Angebotsbebauungsplan handelt, wird nicht festgesetzt, dass Anlagen zur Speicherung des produzierten Stroms zwingend zu errichten sind.</p>	Keine
192.	<p>Weitere Fragen, Einwende und Bedenken:</p> <p>Verfügt die Gemeinde Schönwald über ein Gemeindeentwicklungskonzept, ein Energie- oder Klimaschutzkonzept oder zumindest über einen Kriterienkatalog für die Errichtung von Photovoltaikanlagen? Bitte legen Sie diese in Ihrer Stellungnahme bei!</p> <p>Falls ja, sind in einer der v. g. Konzepte oder einem anderen Arbeitspapier entsprechende Leistungsziele hinsichtlich erneuerbarer Energien formuliert? Wie lauten diese?</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde Schönwald, vertreten durch das Amt Unterspreewald verfügt über ein Amtsentwicklungskonzept (AEK) aus dem Jahr 2024. Ein Kriterienkatalog für die Errichtung von Photovoltaikanlagen ist darin nicht enthalten, konkrete Entwicklungs- oder Leistungsziele werden nicht abgesteckt. Jedoch wird beschrieben, dass eine Diversifizierung der Energiequellen nicht nur zur nachhaltigen Energieversorgung</p>	Keine

33 Personengruppe		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		beiträgt, sondern auch die Unabhängigkeit von konventionellen Energieträgern stärkt. Die prognostizierten Potenziale zur Nutzung erneuerbarer Energien sind demnach noch nicht ausgeschöpft. Der Landkreis Dahme-Spreewald verfügt darüber hinaus über ein integriertes Klimaschutzkonzept. Dieses unterstreicht die Bedeutung erneuerbarer Energien, benennt Handlungsbereiche und gibt eine strategische Richtung für den Ausbau der Photovoltaik im Landkreis vor. Der Solarpark Waldow-Schönwald trägt im Sinne des Konzeptes zur Zielerreichung bei. Zu den genannten Zielen gehören u.a. die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 50% bis 2030, eine signifikante Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch sowie die Nutzung geeigneter Flächen für großflächige Solarparks.	
193.	Auf welcher Grundlage und mit welcher Begründung besteht das Erfordernis, eine großflächige Photovoltaik-Freiflächenanlage in der Gemeinde Schönwald zu errichten?	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Das Erfordernis einer solchen Photovoltaikanlage begründet sich auf dem Klimawandel und der sich im Prozess befindlichen Energiewende.	Keine
194.	Auf welcher Grundlage und nach welchen Kriterien wurde der Standort des Plangebietes „Solarpark Spreewaldring“ im OT Waldow/Brand ausgewählt?	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Betrachtung der Planungsalternativen innerhalb des Gemeindegebiets kam unter Abwägung der betroffenen Belange zu dem	Keine

33 Personengruppe		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Ergebnis, dass der Standort für das Vorhaben besonders geeignet ist. Die Standortwahl in der Gemeinde Schönowald beruht auf harten und weichen Ausschlusskriterien. Dazu gehören unter anderem Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiete, FFH-Gebiete, Bauverbotszonen, Ackerzahlen, Abstände zu Siedlungsbereichen und Abstände zu Wald. Die Ausführungen zur Alternativprüfung sind der Begründung zum Bebauungsplan zu entnehmen.	
195.	Warum wurden nicht die im „Energieportal Brandenburg - Solaratlas Brandenburg“ ausgewiesenen Eignungsflächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen genutzt?	Der Stellungnahme wurde nicht gefolgt. Der Geltungsbereich der vorliegenden Planung beinhaltet Flächen, die im Solaratlas Brandenburg als geeignet für Freiflächen-Photovoltaikanlagen ausgewiesen wurden. Die Flächen aus dem Atlas allein sind jedoch zu kleinteilig. Deshalb wurden diese unter Verwendung der Handreichung des Landkreises zur Photovoltaikanlagen um weitere geeignete Flächen ergänzt.	Keine
196.	Wurden höher priorisierte Flächen eingehend geprüft? 1. Priorität: Gebäude 2. Priorität: Versiegelte Flächen 3. Priorität: Konversionsflächen 4. Priorität: Altlasten Falls ja, wie und durch wen erfolgte die Prüfung höher priorisierter Flächen?	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Gebäude (Priorität 1) kommen für das Vorhaben einer Freiflächen-Photovoltaikanlage aufgrund seiner Dimensionierung nicht infrage. Die Prioritäten 2-4 stellen wesentliche Kriterien dar, jedoch sind bei der Standortwahl weitere veröffentlichte und private Belange	Keine

33 Personengruppe		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		<p>zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen.</p> <p>Dazu gehören unter anderem Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiete, FFH-Gebiete, Bauverbotszonen, Ackerzahlen, Abstände zu Siedlungsbereichen und Abstände zu Wald.</p> <p>Die Betrachtung der Planungsalternativen innerhalb des Gemeindegebiets kam unter Abwägung der betroffenen Belange zu dem Ergebnis, dass der Standort für das Vorhaben besonders geeignet ist.</p>	
197.	Sind die Prioritäten 1 bis 4, welche das erklärte Ziel des Landes Brandenburg darstellen, bereits ausgeschöpft?	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es liegen keine Informationen zur tatsächlichen Ausschöpfung der Prioritäten 1-4 innerhalb der Gemeinde vor. Die Standortwahl ist das Ergebnis einer umfassenden Alternativprüfung.</p>	Keine
198.	Falls nicht, warum wird dann die letzte Priorität, nämlich die Errichtung von „konventionellen PV-Freiflächenanlagen“, auf durchgängig bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen in Betracht gezogen?	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Bei der Aufstellung von Bauleitplänen hat die Gemeinde die Planungshoheit, die durch das Grundgesetz gesichert ist (vgl. Art. 28 GG). Die Handreichung ist in diesem Zusammenhang lediglich als Leitlinie für die Gemeinde zu verstehen.</p> <p>Der überwiegende Teil der von der Planung betroffenen Flächen weisen geringe Boden- und Ackerzahlen auf (durchschnittlich 20). Lediglich</p>	Keine

33 Personengruppe		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		<p>vereinzelte Flächen weisen Zahlen von bis zu 48 auf, sodass eine großflächige Beeinträchtigung landwirtschaftlich hochwertiger Flächen ausgeschlossen werden kann.</p> <p>Weiterhin schließt die textliche Festsetzung Nr. 1 „Art der baulichen Nutzung“ eine Ausgestaltung als Agri-PV (Priorität 5) nicht aus.</p>	
199.	Warum wird eine Photovoltaik-Freiflächenanlage auf einer landwirtschaftlichen Nutzfläche mit einer Ackerzahl von grundsätzlich über 20 geplant? Dies steht im Widerspruch zur Handreichung des Landkreises Dahme-Spreewald zur Standortwahl von Photovoltaikanlagen vom 15. März 2023.	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Überwiegende Teil der von der Planung betroffenen Flächen weisen geringe Boden- und Ackerzahlen auf (durchschnittlich 20). Lediglich vereinzelte Flächen weisen Zahlen von bis zu 48 auf, sodass eine großflächige Beeinträchtigung landwirtschaftlich hochwertiger Flächen ausgeschlossen werden kann. Weiterhin wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans verkleinert. Die ausgeschlossenen Flächen stehen einer landwirtschaftlichen Nutzung somit weiterhin zur Verfügung.</p>	Planzeichnung (Teil A)
200.	Wer hat den Standort und die Dimension ausgewählt?	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Betrachtung der Planungsalternativen innerhalb des Gemeindegebiets kam unter Abwägung der betroffenen Belange zu dem Ergebnis, dass der Standort für das Vorhaben besonders geeignet ist. Die Ausführungen zur Alternativprüfung sind der</p>	Keine

33 Personengruppe		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Begründung zum Bebauungsplan zu entnehmen. Mit dem Beschluss vom 09.05.2023 hat sich die Gemeindevertreterversammlung zur Aufstellung des Bebauungsplans und damit für die Standortwahl durch die Vorhabenträgerin grundsätzlich entschlossen.	
201.	Gemäß der Begründung, Teil 11 (Umweltbericht) vom 27. Oktober 2023 ist das Planungsgebiet aufgrund der klimatischen Ausgleichsfunktion als Kaltluftentstehungsgebiet von hoher Bedeutung und liegt innerhalb eines klimatischen Belastungsraums, sodass insgesamt eine hohe Bedeutung (Wertstufe 3) vorliegt. Es wird darauf hingewiesen, dass z. B. lt. Regionalplan Leipzig-Westachsen in regionalbedeutsamen Kaltluftentstehungsgebieten die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen unzulässig ist. Warum soll das im Planungsgebiet befindliche Kaltluftentstehungsgebiet, das klimatisch bedeutsam ist (Wertstufe 3), mit einer großflächigen Photovoltaik-Freiflächenanlage bebaut werden, die viel Wärme abstrahlt und somit einen Wärmeinseleffekt (PV HI-Effekt) erzeugt? Dies widerspricht zudem der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel, wonach die Freihaltung von Kaltluftentstehungsgebieten zu gewährleisten ist.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Regionalplan Leipzig-Westachsen hat keine Bindungswirkung für das gegenständliche Plangebiet. Für den Geltungsbereich existiert kein rechtskräftiger Regionalplan. Der Regionalplan Lausitz-Spreewald befindet sich derzeit in Aufstellung. Die Auswirkungen durch die Anlage auf das lokale Klima befinden sich im mikroklimatischen Bereich, sodass erhebliche Auswirkungen auf die angrenzenden Siedlungsbereich nicht zu erwarten sind. Durch den Bau und Betriebe der Anlage sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Klima zu erwarten.	Keine
202.	Gemäß der Begründung, Teil 11 (Umweltbericht) vom 27. Oktober 2023 kann auf Zug- und Rastvogelkartierungen verzichtet werden, da die Flächen für die betreffenden Arten keine Bedeutung haben. Wie kommt man zu dieser Einschätzung?	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der vorgenommene Kartierungsrahmen wurde mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. Die Erforderlichkeit der Kartierung von Zug- und Rastvögeln konnte dabei ausgeschlossen werden, da die	Artenschutzfachbeitrag (Kapitel 3.1), Umweltbericht (Kapitel 3.1.1)

33 Personengruppe		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Flächen für diese Arten von geringer Bedeutung sind.	
203.	Der Bau einer Photovoltaik-Freiflächenanlage im Planungsgebiet OT Waldow/Brand würde die Belastungsgrenze der Einwohner überschreiten, da der OT dann vollständig mit Anlagen zur Gewinnung von erneuerbarer Energie umbaut wird. Dies führt zu einer Einengungswahrnehmung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die mit Solarmodulen überbaubare Fläche (SO Photovoltaik) wurde im Entwurf des Bebauungsplans von 102,6 auf 57,2 ha reduziert. Der Abstand zur Wohnbebauung vergrößert sich damit auf 680 bzw. 790 m. Weiterhin wurde die bauliche Höhe der Anlage beschränkt sowie Heckenpflanzungen festgesetzt, sodass die Einengungswahrnehmung der geplanten Anlage aus dem Ort als sehr gering bis gar nicht einzustufen ist.	Planzeichnung (Teil A), Begründung (Kapitel 4)
204.	Gemäß Vorentwurf der Begründung zur frühzeitigen Beteiligung vom 2. November 2023, kann die Entwicklung des Plangebietes ohne nachhaltige negative Auswirkungen auf private Belange erfolgen. Wie schätzen Sie die Entwicklung des OT Waldow/Brand hinsichtlich der Einwohnerzahlen, der Grundstückswerte und der Lebensqualität bei Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage im Plangebiet ein?	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Dem Amt Unterspreewald und den am Bauleitplanverfahren beteiligten Akteure liegen keine Informationen über die Wertveränderungen der angrenzenden Grundstücke oder Lebensqualität vor. Es werden keine Auswirkungen auf Grundstückswerte und die Lebensqualität erwartet. Bisher konnten keine Veränderungen der Einwohnerzahlen in vergleichbaren Projekten festgestellt werden.	Keine
205.	Der Handreichung zur Standortwahl von Photovoltaikanlagen des Landkreises Dahme Spreewald vom 15. März 2023 schließen wir uns an und bitten eindringlich um Beachtung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen Die Handreichung des Landkreises Dahme-Spreewald wurde in der Erarbeitung des Entwurfs des	Keine

33 Personengruppe				Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	„Landwirtschaftliche Flächen stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung und sind im Sinne der Versorgung und Einkommenssicherheit sowie zur Preisstabilität zu sichern. Durch die Planungshoheit der Kommunen verbunden mit dem Ziel der Einnahmeerzielung und die Vernachlässigung gesamtgesellschaftlicher Ziele (Versorgungssicherheit) besteht die Gefahr, dass es zu einem hohen Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen kommt.“			Bebauungsplans berücksichtigt. Eine großflächige Beeinträchtigung landwirtschaftlich hochwertiger Flächen kann aufgrund der vorherrschenden Bodenzahlen ausgeschlossen werden. Die Inanspruchnahme der gegenständlichen Flächen hat damit lediglich gering Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit.	
206.	„Aufgrund der Vielzahl von Alternativstandorten im Rahmen der hier aufgeführten Prioritäten ist es nur in Ausnahmefällen notwendig, die bisherige landwirtschaftliche Nutzung durch eine energetische Nutzung mittels konventioneller Freiflächen-PV-Anlage zu ersetzen. Allein die „Potentiale auf bereits versiegelten Flächen wären also technisch mehr als ausreichend verfügbar, um das Ausbauziel Solarenergie von 400 GW deutschlandweit im Jahr 2040 abzudecken“ (BfN/2022).“			Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
207.	Wir bitten um Stellungnahme bis spätestens 28.03.2024 .			Der Stellungnahme wurde nicht gefolgt. Die Benachrichtigung der Einwender über das Ergebnis der Abwägung erfolgt nach dem Beschluss der Gemeindevertretung über die Abwägung und ist gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des Baugesetzbuches nicht an einen bestimmten Zeitpunkt gebunden.	Keine
208.	Unterschriftensammlung gegen den geplanten Waldower Solarpark			Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.	Keine
	Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift		
	Bürger*in 01	Adresse	Unterschrift		
	Bürger*in 02	Adresse	Unterschrift		

33 Personengruppe				Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
	[...]	Adresse	Unterschrift		
	Bürger*in 179	Adresse	Unterschrift		

34 Person 3				Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
209.	hiermit spreche ich mich gegen die geplante Maßnahme „Solarpark Spreewaldring“ aus. Ich bewirtschafte einige Flächen in diesem Plangebiet und lehne das Vorhaben ab. Durch die geplante Maßnahme geht ein großer Teil meiner landwirtschaftlichen Flächen verloren, die für eine Fortführung meines landwirtschaftlichen Betriebes Existenzgrundlage sind.			Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Nach der Überarbeitung der Unterlagen zum Entwurf des B-Plans bleiben vorhandene Wegeverbindungen bestehen, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die angesprochenen Flächen uneingeschränkt erreichbar sind.	Keine
210.	Des Weiteren befürchte ich einen höheren Arbeitsaufwand durch die Bewirtschaftung des Randstreifens der restlichen Ackerfläche laut Karte vom STC Richtung Dorfeingang Waldow/Brand.			Der Stellungnahme wird gefolgt. Zum Entwurf des Bebauungsplanes wurden die zur Ortslage Waldow gelegenen Flächen aus dem Geltungsbereich genommen. Diese ursprünglich beplanten Flächen stehen einer landwirtschaftlichen Nutzung somit weiterhin zur Verfügung.	Planzeichnung (Teil A)
211.	Ackerland ist landwirtschaftlich wertvoll und trägt zur Erhaltung der Biodiversität bei.			Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der überwiegende Teil der von der Planung betroffenen Flächen weisen geringe Boden- und Ackerzahlen auf (durchschnittlich 20). Lediglich vereinzelte Flächen weisen Zahlen von bis zu 48 auf, sodass eine großflächige Beeinträchtigung landwirtschaftlich hochwertiger Flächen ausgeschlossen werden kann.	Keine

34 Person 3		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		Die vorliegende Planung dient der Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energiequellen. Vor dem Hintergrund der Klimaschutzziele und der damit verfolgten Treibhausgasneutralität leistet das Vorhaben einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung der Klimaerwärmung und trägt damit langfristig zur Biodiversität bei.	
212.	Die Installation einer Photovoltaikanlage in dieser Größenordnung und so nah am Dorf wird zu einem erheblichen Wertverlust der Immobilien führen und das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen sowie ökologische Lebensräume stören bzw. zerstören.	Der Stellungnahme wurde nicht gefolgt. Der Gemeinde Schönwald, vertreten durch das Amt Unterspreewald und den am Bauleitplanverfahren beteiligten Akteuren sind keine Auswirkungen auf Eigentumswerte von angrenzenden Immobilien bekannt. Es wird davon ausgegangen, dass die geplante Solaranlage zu keinem Wertverlust führt. Der Eingriff in das Landschaftsbild wird mit Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen vollständig ausgeglichen bzw. kompensiert. Durch die verkleinerte Errichtung der Solaranlage treten nur geringfügige Beeinträchtigungen auf das Landschaftsbild auf. Durch die fast flächendeckende intensiv betriebene Landwirtschaft sind nur wenige Lebensräume vorhanden. Die wenigen vorhanden bleiben entweder erhalten, weil sie sich am Rand der Anlage befinden oder werden durch	Keine

34 Person 3		Sachaufklärung / Abwägung	Änderung Plan // Begründung
		qualitativ erprobte und abgestimmte Maßnahmen vollständig ausgeglichen.	
213.	Eine Umwandlung dieser Flächen in Photovoltaikanlagen schränkt auch die Verfügbarkeit von wertvollen landwirtschaftlichen Ressourcen ein und gefährdet somit die Nachhaltigkeit der Lebensmittelproduktion.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen Eine großflächige Beeinträchtigung landwirtschaftlich hochwertiger Flächen kann aufgrund der vorherrschenden Bodenzahlen ausgeschlossen werden. Die Inanspruchnahme der gegenständlichen Flächen hat damit lediglich geringe Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit.	Keine
214.	Da Waldow/Brand bereits Maßnahmen im Bereich Erneuerbarer Energien mit der Flächenbereitstellung für Windkraftanlagen getroffen hat, ist diese geplante Maßnahme einer so großen Photovoltaikanlage meines Erachtens nicht nötig bzw. kann diese Maßnahme gern an einem anderen Standort, der nicht mehr von Nutzen ist, geplant werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Durch die bereits vorgenommenen Maßnahmen im Bereich der Windkraft, nimmt die Gemeinde Schönwald eine Vorbildfunktion ein. Diese möchte sie durch weitere Maßnahmen im Gemeindegebiet ausbauen, da in Zukunft davon ausgegangen werden kann, dass der Energiebedarf weiter steigt.	Keine

